

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steubrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Tor 2.

Inserate für die obergeschaltete Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Kraftersparnis und Kraftverschwendung.

Der moderne Kapitalismus birgt eine ganze Reihe innerer Widersprüche in sich, die jedem Beobachter auffallen müssen. Einer der auffallendsten dieser Widersprüche besteht darin, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine peinliche Sparsamkeit mit einer sinnlosen Verschwendung Hand in Hand geht. Man könnte den Kapitalismus mit einem Menschen vergleichen, der auf der einen Seite in kleinlicher Weise knickert, aber auf der andern Seite mit vollen Händen aussteilt. Heute wollen wir einmal auf einem bestimmten Gebiete dieses Doppelspiel kennzeichnen und beleuchten.

Es gibt eine moderne Wissenschaft, wohl die modernste von allen, die sich Energetik nennt, das heißt die Lehre von der Kraftersparnis. Ein Energetiker vertritt den Standpunkt, daß der Mensch mit seiner Kraft sparsam umgehen soll, daß er nicht das geringste Quantum Kraft unnütz und zwecklos verausgaben darf. Ganz unbewußt huldigen bereits die denkenden Arbeiter dieser Ueberzeugung, indem sie sich bemühen, mit der Arbeitskraft, ihrem wichtigsten Hab und Gut, haushälterisch zu wirtschaften, weil sie erkannt haben, daß sie in wirtschaftlicher Hinsicht wertlos geworden sind, wenn sie ihre Arbeitskraft verpulvert haben. Aber auch die Unternehmer fangen an, das energetische Prinzip planmäßig auf das Wirtschaftsleben zu übertragen. Allerdings nur auf die technische Seite des Wirtschaftslebens, insofern sie eine Arbeitstechnik schaffen wollen, die jedes Atom von Maschinen- und Menschenkraft in raffiniertester Weise auszunutzen trachtet. Besonders hat man in neuester Zeit damit begonnen, die Tätigkeit des Arbeiters in bezug auf Kräfteaufwand genau zu untersuchen und diesen Aufwand in notwendigen und überflüssigen zu scheiden. Der notwendige Kräfteaufwand muß natürlich bleiben, der überflüssige aber soll wegfallen. Oder anders ausgedrückt: der Arbeiter soll dazu angehalten und erzogen werden, bei seiner Arbeit nur so viel Kraft aufzuwenden, wie unbedingt notwendig ist, jede unnütze Kraftvergeudung aber strengstens zu vermeiden. Der Kräfteaufwand soll eben auf das niedrigste Maß herabgedrückt werden, damit auch nicht ein Quentel Kraft unnütz vergeudet wird.

Dies neue Arbeitssystem, das einem amerikanischen Ingenieur Taylor seine Ausbildung und seinen Namen verdankt, geht von dem Gedanken aus, daß zunächst festgestellt werden muß, wie groß der Aufwand an Kraft ist, der heutzutage bei jeder beliebigen Arbeit gewohnheitsmäßig stattfindet, und daß sodann ermittelt werden muß, wie sich dieser Kraftverbrauch möglichst vermindern läßt. Mit einem ungeheuren Aufwand von Scharfsinn und Spürsinn hat Taylor in Verbindung mit andern die verschiedenen menschlichen Tätigkeiten in dieser Beziehung untersucht, und er hat gefunden, daß bei all diesen Arbeiten viel zu viel Kraft vergeudet wird. Auch die Ursachen dieser Vergeudung hat er gründlich studiert, und dabei hat er beobachtet, daß zu viele Handgriffe gemacht werden, daß meistens eine verkehrte Stellung beim Arbeiten eingenommen wird, daß vielfach die Gerüste und Stellagen unpraktisch sind, daß in der Auswahl und Heranbringung des Materials gesündigt wird, daß unpraktische Werkzeuge verwendet werden, daß die Vorbildung zu der betreffenden Verrichtung zu wünschenswert übrig läßt, und daß man Menschen an eine Arbeit stellt, die sich infolge körperlicher oder geistiger Veranlagung zu dieser bestimmten Art von Arbeit gar nicht oder nur schlecht eignen. Natürlich will Taylor alle diese Mängel ausschalten und das Raffinement der Arbeitsweise auf die Spitze treiben, so daß der Kräfteaufwand auf das Maß des unbedingt Notwendigen zurückgeführt wird. Er will nach allen Richtungen hin den Grundsatz der praktischen Arbeitsweise durchführen, und besonders will er auf die Arbeiter einwirken, daß sie nach seinem System ihre Tätigkeit verrichten. Zur Unterstützung seines Planes macht er den Vorschlag, daß den Arbeitern ein Teil des Mehrwerts, der durch die neue Praktik erzielt wird, in Form von höheren Löhnen zuzuführen soll, um sie dadurch zu einer hochgelegerten Leistung anzuspornen.

Die Unternehmer sind begreiflicherweise von diesem Taylor-System sehr erbaudt, die Arbeiter stehen der Sache bislang noch mißtrauisch und zweifelhaft gegenüber, weil sie darin die verschärfte Form kapitalistischer Ausbeutung mitkern. Rein theoretisch läßt sich noch kein abschließendes Urteil fällen, erst die Praxis muß lehren, ob es möglich sein wird, die Leistung der Arbeiter wesentlich zu steigern, was ja an und für sich sehr wünschenswert ist, obne daß sie an ihrer Arbeitsfähigkeit, ihrer Gesundheit, ihrer Elastizität und ihrer Arbeitsfreude geschädigt werden. Deshalb wollen

wir uns auch mit der technischen Seite dieser Frage nicht befassen, wir wollen uns vielmehr darauf beschränken, dieser kapitalistischen Sparsamkeit gegenüber jene Verschwendung zu schildern, die auf wirtschaftstechnischem Gebiete vom Kapitalismus fortwährend getrieben wird.

In erster Linie weisen wir hier auf die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise hin, die es bewirkt, daß jahraus, jahrein Zehntausende von Arbeitern ihre Arbeitskraft ungenutzt verkümmern und verderben lassen müssen, weil sie nirgend eine Möglichkeit finden können, sie nützlich anzuwenden. Ist es nicht ein geradezu ungeheurer Willkürer Widerstand, daß im Innern eines Betriebes durch ein raffiniertes Ausaugungssystem der letzte Tropfen Arbeitskraft aus den Arbeitern herausgeholt wird, während draußen auf der Straße die Scharen der Arbeitslosen vergebens nach Arbeit suchen? Wer möchte wohl bestreiten, daß all die Kraftersparnis, die durch das Taylor-System gemacht wird, durch die Massenarbeitslosigkeit wieder zum Teufel geht? Das ist ja das Unglück des modernen Proletariats, daß alle technischen Errungenschaften unter der Herrschaft des Kapitalismus zunächst zu einem Fluche für die Arbeiterklasse werden. Wie es in der kapitalistischen Frühzeit mit den Maschinen gewesen ist, so wird es auch mit dieser neuen Arbeitsweise gehen, es werden Arbeitskräfte überflüssig und das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit wird dräuender als zuvor. Auch hier wird es erst der sozialen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen und des Staates möglich sein, einen Ausgleich zu schaffen und die arbeitstechnischen Fortschritte in kulturelle Fortschritte umzuwandeln.

Eine weitere Vergeudung von Menschenkraft läßt sich darin erblicken, daß soviel Arbeit verrichtet wird für unproduktive, kulturfeindliche, schädliche und überflüssige Dinge. Wir erinnern hier zunächst an den Militarismus und Marinismus, der wie ein Alp auf der Menschheit lastet. Nicht genug damit, daß die stehenden Heere die Arbeitskraft zahlloser junger Leute nutzlos verpulvern, fordern sie auch einen ungeheuren Aufwand für Gewehre, Kanonen, Uniformen, Kriegsschiffe usw., der vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht nur als überflüssig, sondern sogar als kulturhemmend bezeichnet werden muß. Sodann denke man an die Arbeit, die in der Herstellung von Alkohol und andern Giften, in der Erzeugung von Luxusgegenständen und wertlosen Spielereien vergeudet wird, an denen sich die Ober- und Mittelschichten ergötzen. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, welche himmelstreichende Kraftverschwendung im Interesse der unproduktiven Klassen getrieben wird, so erkennt man deutlich, wie wenig hiergegen die Kraftersparnis bedeutet, die das Taylor-System bringen will.

Endlich weisen wir noch hin auf die geradezu sinnlose Kräftezersplitterung und Kräftevergeudung im Gebiete der Güterverteilung. Zwischen der Stelle, an der ein Gebrauchsgegenstand erzeugt, und der, an der er verzehrt wird, sehen wir ein ganzes Heer von Menschen, die die Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion herstellen. Wir denken hier nicht an die Arbeiter, die die Waren transportieren, lagern, verteilen und den Konsumenten aushändigen, denn diese verrichten produktive Arbeit, sondern wir denken an die Makler, Agenten, Reisenden, Reklamemacher und wie die Leute alle heißen mögen, die im Gebiete des Handels ihr Unwesen treiben. Welche Summe von Arbeitskraft hier nutzlos verpulvert wird, ist ja bekannt. Ebenso bekannt ist auch der unnütze Kräfteaufwand im Gebiete der Warenverteilung, die sich manchmal, z. B. bei der Versorgung der Stadtbevölkerung mit Milch, Brot, Fleisch, Gemüse usw., in geradezu sinnloser Weise abspielt, sowie der überflüssige Aufwand in bezug auf Verkaufsläden und ihre Ausstattung, auf Reklame und sonstige Mittel, die angewandt werden, um Kunden heranzuziehen und festzuhalten. Diese Vergeudung von Arbeit ist es ja gerade, die dem modernen Konsumgenossenschaftswesen den Anstoß gegeben hat und die ihm immer neuen Agitationsstoff bietet.

Die Grundursache der kapitalistischen Kräftevergeudung liegt in der Planlosigkeit und dem Mangel an Organisation. Auf der einen Seite will der Kapitalismus sparen, auf der andern verschwendet er. Diesen inneren Widerspruch zu beseitigen, gibt es nur ein Mittel: die Ersetzung der planlosen kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise durch die Organisierung des gesamten Wirtschaftslebens nach vernünftigen sozialistischen Grundsätzen.

Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

In den letzten Tagen des Juni haben sich die Holzindustriellen und Tischlermeister in Leipzig ihr diesjähriges Stelltdchein gegeben. Am 27. und 28. Juni fand die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe statt, und dann versammelten sich die Herren vom 29. Juni bis 1. Juli in ein wenig geänderter Zusammenfassung als 30. deutscher Tischlerstag. Beide Tagungen wurden in der Hauptsache von den gleichen Personen besucht, zum Teil waren es auch die gleichen Gegenstände, mit welchen man sich beschäftigte.

Auf der Generalversammlung des Schutzverbandes beglündete zunächst Thurner einen Antrag auf Preiserhöhung der Fabrikate um 5 Prozent. Mit allen gegen vier Stimmen wurde beschlossen, vom 15. August ab in allen Branchen des Holzgewerbes eine Erhöhung der Preise um 5 Prozent eintreten zu lassen. Man kann es den Unternehmern nicht verdenken, wenn sie bemüht sind, die erhöhten Produktionskosten auf die Abnehmer abzuwälzen. Die bei der Beratung dieses Gegenstandes geäußerte Befürchtung, daß viele Unternehmer den gefaßten Beschluß nicht respektieren werden, scheint nach früheren Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht unbegründet; die Zahl der Tischlermeister und Holzindustriellen, die lieber die Löhne der Arbeiter kürzen, als daß sie ihren Kunden höhere Preise abnehmen, ist nicht gering. Es bleibt abzuwarten, ob die Autorität der Leitung des Schutzverbandes, die gegenüber vertragsbrüchigen Mitgliedern so oft versagt, stark genug ist, um den Beschluß bezüglich der Preiserhöhung durchzuführen.

Nach einem Referat von Frank-Dresden und eingehender Diskussion fand ein von Neumann-Hamburg gestellter Antrag: „Die Verbände werden aufgefordert, in kürzester Zeit eine Vereinigung zu gründen, die Mittel und Wege schafft, um eine gesunde Grundlage zur Abgabe von Offerten für öffentliche und private Submissionen herzustellen“ einstimmige Annahme. Aus der bei dieser Gelegenheit gepflogenen Diskussion ist bemerkenswert die Propaganda für einen rücksichtslosen Terrorismus gegen die Außenseiter, die von Herrn Nahardt betrieben wurde. Nach dem Bericht in der „Fachzeitung“ führte der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes u. a. aus:

„Wir müssen erzieherisch auf die Kollegen wirken, indem wir ihnen die ermittelten Preise zugänglich machen. Wer gegen sein eigenes Interesse wütet, indem er von den ihm gebotenen Einrichtungen keinen Gebrauch macht, den werden wir so bloßstellen, daß er keine Leihe Kredit mehr erhält. Je eher derartige Elemente aus unserm Gewerbe entfernt werden, desto eher wird dasselbe gesunden. (Allgemeine Zustimmung.) Rücksichtslos und unbarmerzig müssen wir jene Elemente ausmerzen, die gewissenlos gegen sich, ihre Familien, ihren Beruf handeln, indem sie die Preise unter die Füße treten. Wir haben gegen sie keine Zwangsmittel, wohl aber haben wir das Mittel der öffentlichen Bloßstellung.“

Diese Töne sind bei Herrn Nahardt nicht neu; wir verdanken es ihm auch nicht, daß er gegen die Schädlinge des Gewerbes mit rücksichtsloser Energie vorgehen will. Aber welcher Sturm der Entrüstung würde sich erheben, wenn Vertreter einer Arbeiterorganisation in solchen Tönen über Streikbrecher reden würden. Die Worte des Herrn Nahardt sind vorzüglich geeignet, den Herrschaften, die sich nach Ausnahmegelegen gegen den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften heiser schreien, einen Dämpfer aufzusetzen.

Die Generalversammlung wendete sich nach Erledigung dieser Angelegenheit den inneren Einrichtungen des Schutzverbandes zu. Beschlossen wurde ein besserer Ausbau der Organisation. Es sollen eine Anzahl Beamten angestellt werden, die bei den Tarifverhandlungen tätig sind und dauernd für die Ausbreitung der Organisation wirken. Der Aufgabenkreis dieser Beamten dürfte etwa dem unserer Gewerkschaften entsprechen; sie müssen nach den Anweisungen des Zentralvorstandes tätig sein und unablässig Propaganda treiben. Die Generalversammlung bewilligte die Mittel zur Anstellung von vier festbesoldeten Beamten und von drei weiteren Beamten, die ihre Funktion nebenamtlich ausüben.

Eine wichtige Aenderung bedeutet auch der Beschluß, wonach die Unterscheidung zwischen ordentlichen und angeeschlossenen Mitgliedern des Schutzverbandes vom 1. Januar 1914 ab fortfällt. Die „angeschlossenen“ Mitglieder zahlten bisher einen niedrigeren Beitrag als die „ordentlichen“; sie hatten aber dafür keinen Anspruch auf Streikunterstützung. Künftig werden die Rechte und Pflichten aller Mitglieder einheitlich normiert. Von dem korporativen

Anschluß der Innungen an den Arbeitgeber-Schutzverband verspricht man sich erhebliche Vorteile. Herr Nohardt gab auch genaue Anweisung, wie dieser Anschluß am einfachsten vollzogen werden kann.

Ueber die Mitgliederbewegung und das Massenwesen des Schutzverbandes wird in den für die Öffentlichkeit bestimmten Rundgebungen des Schutzverbandes jede Bedeutung sorgfältig vermieden. Da diese Zahlen aber immerhin ein gewisses Interesse bieten, wollen wir aus dem uns in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Material einiges mitteilen. Zunächst die

Mitgliederbewegung des Arbeitgeber-Schutzverbandes:

	Einzelmitglieder	Bezirksverbände	Mitglieder insgesamt	Zahl der beschäftigten Arbeiter
31. Dezember 1911	19	129	4 071	61 158
31. Dezember 1912	16	129	4 480	58 812
1. Juni 1913	15	131	4 405	63 090

In dem Stand vom 1. Juni 1913 sind enthalten vier Einzelmitglieder und 23 Bezirksverbände, zusammen 1200 Mitglieder, die 19 213 Arbeiter beschäftigen als „angeschlossene“ Mitglieder. Diese Gruppe ist übrigens im Rückgang begriffen, denn am 31. Dezember 1911 waren es 1441 Mitglieder mit 23 623 beschäftigten Arbeitern und am 31. Dezember 1912 1343 Mitglieder mit 19 916 beschäftigten Arbeitern. Nach den neuen Beschlüssen wird, wie erwähnt, mit Ablauf dieses Jahres die Gruppe der angeschlossenen Mitglieder völlig verschwinden.

Mit dem Ablauf des Jahres 1912 sind ordnungsmäßig aus dem Schutzverband ausgeschieden die Verbände: Herford i. W., Oeynhausen, Pirna, Neustadt a. O. und Börsch sowie das Einzelmitglied Sieverts u. Co. in Bremen. Wegen rückständiger Beiträge wurden gestrichen die Verbände Bochum, Insterburg, Minden und Schönlanke sowie das Mitglied Jahn in Kilstein.

Die Gesamteinnahmen des Schutzverbandes betragen im Jahre 1912 einschließlich eines aus dem Vorjahr übernommenen Bestandes von 104 427 Mk. insgesamt 245 770 Mk. Ausgegeben wurden insgesamt 110 820 Mk., so daß am Jahreschluß ein Vermögensbestand von 134 949 Mk. vorhanden war.

Ueber die Ausgaben des Schutzverbandes zur Unterstützung seiner Mitglieder bei Lohnbewegungen in den Jahren 1910 bis 1912 gibt die nachstehende Uebersicht Aufschluß, die auf Grund des der Generalversammlung vorgelegten Materials zusammengestellt ist.

	Zahl der Streiks	ge. teiligte Arbeiter	Zahl der unterstützten Tage	Summe der Entschädigung in Mk.	in Pf.
1910: Streiks	113	1 725	15 313	7 656	50
Ausperrungen	36	651	19 573	9 786	50
Zusammen 16 Bewegungen	149	2 376	34 886	17 443	—
1911: Streiks	345	6 453	23 814	11 907	—
Ausperrungen	215	3 621	85 370	34 326	—
Zusammen 34 Bewegungen	570	10 138	114 089	47 208	—
1912: Streiks	350	7 787	25 622	12 811	—
Ausperrungen	48	1 550	21 813	10 906	50
Zusammen 22 Bewegungen	420	9 610	53 723	26 204	22

Recht insipidig ist der Verwaltungsapparat des Schutzverbandes. Der Gesamtvorstand besteht aus 40 Per-

Vollsbildung und Gewerkschaftsbewegung.

Vollsbildung und Gewerkschaftsbewegung stehen in enger Wechselwirkung zueinander. Wo die Vollsbildung noch sehr im Argen liegt, schreitet die Gewerkschaftsbewegung langsam vorwärts, wo aber durch die Gewerkschaft die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert werden konnte, sind die Voraussetzungen für rasche, anregende Bildungsarbeit in höherem Maße gegeben.

Unter Vollsbildung verstehen wir das Vertrautmachen breiter Schichten des Volkes mit nützlichen Kenntnissen auf den verschiedenen Gebieten des menschlichen Lebens. Wir wünschen, daß auch der Mann in der Bluse mindestens einige Elementarkenntnisse von den Schätzen hat, die der Menschengeist in Jahrtausende langer Arbeit an geistigen Gütern ans Licht gefördert hat. Was den Kindern des arbeitenden Volkes von diesen Dingen in der Schule beigebracht wird, ist an sich herzlich wenig, und dieses Wenige wird leider zu rasch vergessen, die Jugend, soeben der Schule entwachsen, in den weiten Feldern in den Kampf ums Dasein gestoßen und zu schwerer, langer Arbeit angehalten wird.

Das Raß von Bildung, welches unter der arbeitenden Bevölkerung verstreut ist, ist durchaus nicht gleichgültig für die Entwicklung der Gewerkschaften. Wer mit Herz und Verstand bei seiner gewerkschaftlichen Organisation stehen und sich hieraus ergebenden Pflichten voll erfüllen will, der muß sich mit einigen volkswirtschaftlichen Kenntnissen auskennen. Der tüchtige Gewerkschaftler muß die weitestgehenden Zusammenhänge unseres menschlichen Lebens etwas tiefer erfaßt haben, denn nur so kann er die soziale Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung voll und ganz würdigen. Es kann nicht befriedigen, wenn sich der Arbeiter nur deshalb organisiert, um dem Unternehmer höheren Lohn und längere Arbeitszeit abzutrotzen, sondern der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß sich auch bewußt sein, welche hohe kulturelle Bedeutung der Durchsetzung

der gewerkschaftlichen Forderungen innewohnt. All diese Erkenntnis wird ihm aber nur dann kommen, wenn er sich planmäßig mit dem Studium wirtschaftlicher und sozialer Probleme befaßt und bemüht ist, die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft kennen zu lernen. Wer sich in ernstem Streben mit diesen Dingen beschäftigt, wird um so leichter die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung erfassen und er wird in schwierigen Situationen um so fester zu seiner Organisation halten.

Leider fehlt es den meisten von uns an Zeit und den erforderlichen Mitteln, um etwa Nationalökonomie studieren zu können. Unsere Kräfte werden ja fast restlos in Anspruch genommen durch die Arbeit, die wir tagtäglich zur Sicherung unserer Existenz verrichten müssen. Wie sollen wir uns die Kenntnisse aneignen, die zum vollen Verständnis des gewerkschaftlichen Kampfes notwendig sind?

Wenn wir festgestellt haben, daß die Gewerkschaftsbewegung durch bessere Vollsbildung befruchtet wird, so erkennen wir jetzt, daß die Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Forderungen die einzige Möglichkeit schafft, uns zu bilden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist hierbei das wichtigste Moment. Es steht außer Zweifel, daß der Arbeiter, der nur neun Stunden oder noch weniger täglich arbeitet, Bedürfnis und Reizung haben wird, in seiner Freizeit ein Buch zur Hand zu nehmen oder einen wissenschaftlichen Vortrag zu besuchen. Auf der andern Seite ist es nur zu begreiflich, daß in zurückgebliebenen Gegenden mit langer Arbeitszeit der Drang nach Bildung schwach entwickelt ist. Nach elf- oder zwölfstündiger Fron in dumpfem Arbeitsraum sind die geistigen Kräfte so erschöpft, daß es selbst beim besten Willen nicht möglich ist, sich in irgendwelche Lektüre zu vertiefen und die Gedanken auf ein bestimmtes Gebiet zu konzentrieren. So sehen wir denn die Arbeiter in größeren Städten mit kurzer Arbeitszeit und besseren Bildungsmöglichkeiten in rascher Vorwärtsentwicklung. Es wird nicht

der im Anschluß an die Generalversammlung des Schutzverbandes abgehalten wurde. Hier war es der bekannte Reichstagsabgeordnete a. D. Pauli-Potsdam, der anfänglich des Ergebnisses der letzten Tarifverhandlungen und deren Ausgang den Arbeitgeber-Schutzverband scharf kritisierte, nachdem vorher schon Herr Fleckenstein vom „Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgegend“ die Einrichtungen des Schutzverbandes bemängelt und mitgeteilt hatte, daß sein Verein vorerst nicht an den Anschluß an den Schutzverband denke. Diese Diskussion spielte sich bei der Erörterung der Frage der Zugehörigkeit der Innungen zum Arbeitgeber-Schutzverband ab. Die Aussprache über den Gegenstand war durch die Reden der genannten Herren auf ein falsches Geleis geschoben worden, deshalb ließ der Vorsitzende, nachdem Herr Jobbe den Kritikern des Schutzverbandes entgegengetreten war, die Debatte schließen. Auf die Herbeiführung eines Beschlusses wurde verzichtet.

Deutschen Tischlertag,

Zur Frage des Submissionswesens wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Errichtung von Submissionsämtern gefordert wird. Ueber die Zweckmäßigkeit der Bildung von Lieferungsverbänden herrschte Meinungsverschiedenheit, deshalb wurde von einer Beschlusfassung Abstand genommen. Ohne Debatte wurde die schon vom vorjährigen Tischlertag beschlossene Resolution angenommen, in welcher die Inkraftsetzung des zweiten und

der im Anschluß an die Generalversammlung des Schutzverbandes abgehalten wurde. Hier war es der bekannte Reichstagsabgeordnete a. D. Pauli-Potsdam, der anfänglich des Ergebnisses der letzten Tarifverhandlungen und deren Ausgang den Arbeitgeber-Schutzverband scharf kritisierte, nachdem vorher schon Herr Fleckenstein vom „Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgegend“ die Einrichtungen des Schutzverbandes bemängelt und mitgeteilt hatte, daß sein Verein vorerst nicht an den Anschluß an den Schutzverband denke. Diese Diskussion spielte sich bei der Erörterung der Frage der Zugehörigkeit der Innungen zum Arbeitgeber-Schutzverband ab. Die Aussprache über den Gegenstand war durch die Reden der genannten Herren auf ein falsches Geleis geschoben worden, deshalb ließ der Vorsitzende, nachdem Herr Jobbe den Kritikern des Schutzverbandes entgegengetreten war, die Debatte schließen. Auf die Herbeiführung eines Beschlusses wurde verzichtet.

Zur Frage des Submissionswesens wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Errichtung von Submissionsämtern gefordert wird. Ueber die Zweckmäßigkeit der Bildung von Lieferungsverbänden herrschte Meinungsverschiedenheit, deshalb wurde von einer Beschlusfassung Abstand genommen. Ohne Debatte wurde die schon vom vorjährigen Tischlertag beschlossene Resolution angenommen, in welcher die Inkraftsetzung des zweiten und

der im Anschluß an die Generalversammlung des Schutzverbandes abgehalten wurde. Hier war es der bekannte Reichstagsabgeordnete a. D. Pauli-Potsdam, der anfänglich des Ergebnisses der letzten Tarifverhandlungen und deren Ausgang den Arbeitgeber-Schutzverband scharf kritisierte, nachdem vorher schon Herr Fleckenstein vom „Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgegend“ die Einrichtungen des Schutzverbandes bemängelt und mitgeteilt hatte, daß sein Verein vorerst nicht an den Anschluß an den Schutzverband denke. Diese Diskussion spielte sich bei der Erörterung der Frage der Zugehörigkeit der Innungen zum Arbeitgeber-Schutzverband ab. Die Aussprache über den Gegenstand war durch die Reden der genannten Herren auf ein falsches Geleis geschoben worden, deshalb ließ der Vorsitzende, nachdem Herr Jobbe den Kritikern des Schutzverbandes entgegengetreten war, die Debatte schließen. Auf die Herbeiführung eines Beschlusses wurde verzichtet.

dritten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauordnungen gefordert wird.

Daß den Tischler-Innungsmännern der Zopf immer noch hinten hängt, bewies Herr Jarocki-Berlin mit seinem Referat über den Schutz des Gesellentitels. Herr Jarocki hatte zwar die Genehmigung, daß seine Resolution die einen gefehlischen Schutz des Gesellentitels verlangt, einstimmig angenommen wurde, er mußte sich aber lassen, daß die Gesellen selbst für diese Art Schutz keinen Pfißeffekt geben. Solche Ankerlischen gehören, wie der gesamte Innungs-Poluspokus, in die Kumpellammer. Die Tischlergesellen von heute fühlen sich frei von Titel Schmerzen, sie verfolgen ganz andre Interessen, und schließlich ist auch der Unternehmer ein leistungsfähiger Arbeiter, der nicht selten zum Gesellen gesprochen wurde, immer noch lieber als ein Geselle, der den ihm von der Innung verliehenen Titel mit Fug und Recht trägt, aber kein vernünftiges Stück Arbeit fertig bringt.

Erwähnenswert ist noch ein vom Obermeister Schneider-Wiesbaden begründeter Antrag, der eine Änderung des § 127 der Gewerbeordnung nach der Richtung verlangt, daß ein Lehrentmeister, der seinen Lehrling zum Besuch der Fortbildungsschule angehalten hat, nicht wegen Schulveräumnis des letzteren bestraft werden kann. Dieser Antrag wurde angenommen. Dagegen ging der weitere Antrag des Herrn Schneider, daß dringende Arbeit als Entschuldigungsgrund für die Veräumnis der Fortbildungsschule gelten soll, selbst dem Innungstag über die Huttschnur; der Antrag wurde abgelehnt.

Daß bei der durch eine Anfrage hervorgerufenen Debatte über den paritätischen Arbeitssachweiser von allen beteiligten Innungen von der Ordnung solcher Institutionen dringend abgeraten wurde, kann bei einer Versammlung, die sich für den Schutz des Gesellentitels ins Zeug legt, nicht wundernehmen. Praktisch hat das aber nur geringe Bedeutung, wie ja auch der ganze Tischlertag, trotz des um ihn gemachten Tamtams und trotz des Interesses, das ihnen die Behörden entgegenbringen — haben doch der Reichstanzler und der Staatssekretär des Innern es für notwendig gehalten, ihr Ausbleiben ausdrücklich zu entschuldigen — eine überlebte Einrichtung ist.

Molochs neuestes Opfer.

Mit rasender Eile hat der Reichstag in den letzten Tagen gearbeitet und es ist ihm gelungen, am 30. Juni die Militärvorlage und die Bedingungsunterlagen in dritter Lesung zu erledigen. Nach einer Dankrede des Reichstanzlers über das vollbrachte „große Werk“ wurde alsdann der Reichstag bis zum 20. November vertagt.

Bei der glatten Erledigung der ungeheuerlichsten Heeresvermehrung, die dem in dieser Beziehung doch sicher nicht verwöhnten deutschen Volke auferlegt wurde, hat sich das famose Diätengefeß, welches der Würde der Volksvertretung den stärksten Abbruch tut, wieder einmal glänzend bewährt. Bekanntlich erhalten die Reichstagsabgeordneten jährlich 3000 Mk. Diäten, von denen jedoch für jeden verläumten Sitzungstag 20 Mk. abgezogen werden. Die Diäten werden vom 1. Dezember ab in ungleichmäßigen Monatsraten ausbezahlt, dergestalt, daß nach der Auszahlung am 1. April noch ein Rest von 1000 Mk. verbleibt, der am Schluß der Session fällig ist. Dieses raffinierte System hat zur Folge, daß die Reichsboten keine große Neigung haben, die Dauer der Session lange auszudehnen, denn sie sind ja bei länger dauernden Sitzungsperioden tatsächlich diätenlos. Das ist eine schwere Benachteiligung der Interessen des Volkes. Im allgemeinen spielt sich die Tätigkeit des Reichstags so ab, daß zunächst die Regierungsvorlagen, und vor allem der Etat beraten wird. Hat die Regierung ihre Vorlagen unter Dach, dann ist ihr an der weiteren Tätigkeit des Reichstags, insbesondere an Gesetzen, die aus der eigenen Initiative der Volksvertretung hervorgehen, wenig gelegen. Unterbreitet sie

nur intensiv körperlich gearbeitet, die Arbeiter zeigen in ihren Mußestunden auch ein reges geistiges Interesse, während die Angehörigen der arbeitenden Klasse in rückständigen Industriebezirken mit ungünstigen Arbeitsbedingungen ihre geistigen Bedürfnisse, soweit solche hervor-treten, meist nur ungenügend befriedigen können.

Aus Unbildung resultiert aber die Bedürfnislosigkeit in materieller Hinsicht. Der Arbeiter ohne Innenleben wird sich leichter mit den engen, gedrückten Verhältnissen abfinden, unter denen er zu leben gezwungen ist. Er wird das Unwürdige seiner abhängigen Stellung dem Unternehmer gegenüber viel weniger fühlen als der Arbeiter, der sich zu einer freien, gesunden Weltanschauung durchgerungen hat, und der die Dinge um sich von einer höheren Warte aus betrachtet. Der von edlem Bildungsdrange besessene Arbeiter wird die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit nicht hoch genug einschätzen können, sein Denken und Sinnen ist nicht ausschließlich auf die Lösung der Magenfrage gerichtet, sondern er ist von der Erkenntnis durchdrungen: Soll sich das Menschengeschlecht vorwärts entwickeln, dann muß die Summe geistigen Lebens im Proletariat vervielfältigt werden.

Je mehr nun der Arbeiter erkennt, daß sein Streben nach Bildung durch seine enge materielle Lage gehemmt wird, um so mehr wird er seine Gewerkschaft fördern und stärken, sieht er in ihr doch das einzige Mittel, seine Lebenslage so zu verbessern, daß er Zeit und Muße gewinnt, sich seinen geistigen Interessen zu widmen.

Nützen wir deshalb alle unsere erkämpfte freie Zeit zu eifriger Bildungsarbeit an uns selbst; strebe ein jeder erst danach, ein wirksamer Befechter der Organisationsidee zu werden, damit unser Verband an äußerer Ausbreitung und innerer Festigung gewinnt. Der dadurch erreichte Vorteil größerer Macht unserer Organisation wird für den einzelnen, wie für die Gesamtheit gleich groß sein.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandstätigkeit Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zieler, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg i. Holst. (Eggers), Bernburg, Beverungen (Holzwarenfabrik R. Rose), Bramsche, Bruchsal (Schilling), Czest., Dacha bei Mlinchen, Dannenberg a. d. E. (W. Jelenik), Deutsch-Neudorf in Sachsen, Dornach bei Mülhausen i. E., Elbaggen, Gebweiler i. El., Geestemünde (Kilken), Georgensmünd (Hiegelbauer), Groß-Partelsee b. Bromberg, Holzgerlingen, Hoyerswerda, Johann-Georgenstadt (Knn), Konik, Lößnitz in Thüringen, Marktredwitz, Mülhausen in Thüringen (Baugeschäft A. Schreiber), Ohndorf Karl Bed, Spielwarenfabrik, Olbernhau im Erzgeb., Rendsburg (Baugeschäfte), Schinkel bei Onabrück (Böhm), Schleusingen, Schmiedeberg, Bezirk Dresden (Buschmühle), Schiebuis (Landwirtschaftl. Maschinenfabrik Silberstein), Sellstedt (Rhode), Uslar, Werden an der Mer, Waltershausen, Weiskensels (Methau), Wilster in Holstein (Gustav Nau), St. Gallen (Schweiz).**
 - Mobeltischlern nach Leipzig, Saalfeld a. Saale (Aug. Reishamm), Basel (E. und C. Rudin).**
 - Drehlern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Cham (Spulenfabrik Max Vorger), Göppingen (Spielwarenfabrik P. Zeller u. Co.), Hamburg (Vulkanfabrikfabriken), Lübben i. d. Lausitz (Morgentern), Nürnberg.**
 - Bergoldern, Grundratern, Verzieren und Farbigmachern nach Glattbrugg bei Zürich (Delfers).**
 - Wirsten- und Pinselfachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Lopp), Nürnberg, Reinfeld in Holstein, Schopfloch, Schwelm.**
 - Korbmachern nach Dresden (Nohrmöbelfabrik Reimann), Osterburg.**
 - Stellmachern nach Beverungen (Holzwarenfabrik E. Rose), Chemnitz, Gera, H. J. L. (Kasselerfabrik P. Sadl).**
 - Kammachern, Schleifern, Bötern, Graveuren, Hilfsarbeitern nach Darmstadt (Schlager u. Best).**
 - Sägern und Hagarbeitern nach Cham, Groß-Partelsee bei Bromberg, Kehl a. Rh., Marzling (Oberbayern), Nafel an der Neze (Schneidemühle L. Baerwald).**
 - Glasern nach Wien.**

aber dem Reichstag so bedeutungsvolle Gesetze wie die jetzt verabschiedete Heeresvorlage, dann ist die Diätenordnung den gewünschten Druck auf den Reichstag aus. Es wird mit der größten Beschleunigung gearbeitet, um die letzten 1000 M. Diäten möglichst schnell zu verdienen. Das ist eine Entwürdigung des Parlaments; seine Akkordarbeit wird tatsächlich Pfluscharbeit. Der Reichstag wäre es seinem Ansehen schuldig, die Diätenordnung so schnell wie möglich einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Aus der kurzen Zeit, die der Liberalismus im Willkürblock die Wonne gekostet hat, Regierungspartei zu sein, ist ihm nichts weiter übrig geblieben als die Militärförderung, das Bewußtsein der Pflicht, alle Militärforderungen der Regierung unbesehen anzunehmen. Da auch das Zentrum schon lange am gleichen Stränge zieht, war die Regierung von vornherein sicher, im Reichstag eine große Mehrheit für ihre Heeresvorlage zu finden, zumal Konservative und Nationalliberale in Rüstungsfragen von jeher unentwegte Purraschreier waren.

Eine starke Belastungsprobe des Bewilligungseifers der bürgerlichen Parteien war es aber immerhin, daß sich die Regierung mit solch exorbitanten Militärforderungen herauswagte, nachdem ihr erst in den Jahren 1911 und 1912 Forderungen gleicher Art, nur in viel bescheidenerem Umfang bewilligt worden waren. Jedesmal hatte der Kriegsminister, nachdem ihm der bewilligungslustige Reichstag den Willen getan, die Erklärung abgegeben, daß der militärische Schutz des Reiches nunmehr gesichert sei. Die Regierung weiß aber, was sie an ihrem Reichstag hat, und daß sie ihm in militärischen Dingen alles zumuten kann.

Das stehende Heer soll eine Verstärkung von 136 000 Mann erfahren; jährlich müssen 63 000 Rekruten mehr eingestellt werden, sonst ist das Reich den größten Gefahren ausgesetzt. Das wagte derselbe Reichstanzler und derselbe Kriegsminister zu behaupten, die nach der Bewilligung der Militärvorlage vom Jahre 1912 der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatten, daß nun für die militärischen Bedürfnisse ausreichend gesorgt sei. Ein wichtiges Argument für die Begründung der riesenhaften Neuforderungen war der Hinweis auf die neue slawische Großmacht, die auf der Balkanhalbinsel sich zu bilden im Begriff sei. Schneller als man erwartet hatte, ist der Widerstand dieser Begründung offenbar geworden. Die verbündeten Balkanvölker, die die Türkei besetzt haben, denken nicht an ein dauerndes Bündnis, sie sind im Gegenteil eifrig dabei, sich im Streit um die Beute gegenseitig zu zerfleischen. Ganz abgesehen davon, daß ein Bündnis der Balkanvölker noch keineswegs das Deutsche Reich bedrohen würde.

Dagegen bedeutet die gewaltige Verstärkung des deutschen Heeres eine Drohung gegenüber den Nachbarländern.

Die französische Regierung hat sofort mit Gegenmaßregeln geantwortet, von denen die wichtigste die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ist. Ebenso wie in Deutschland ist auch in Frankreich die Masse des Volkes gegen den Rüstungswahnsinn, der dem Lande unerträgliche Lasten auferlegt, aber die deutsche Rüstungsvorlage gibt der französischen Regierung zwingende Argumente in die Hand. Das Parlament in Frankreich wird, wenn auch nicht mit der Ueberstürzung, wie es der deutsche Reichstag getan hat, dem Militarismus das geforderte Opfer bringen. Ebenso wie Frankreich hat auch Rußland die Konsequenzen aus der deutschen Heeresvermehrung gezogen. Wenn die jetzt beschlossene Heeresvermehrung durchgeführt ist, wird in dem Kräfteverhältnis der rivalisierenden Nationen keine Milderung eingetreten sein. Nur insofern wird sich der Zustand gegenüber dem bisherigen geändert haben, daß überall weit größere Ausgaben für militärische Zwecke gemacht werden müssen, zur höheren Ehre der Lieferanten von Waffen und sonstigem Kriegsbedarf, deren Weizen jetzt blüht.

Das deutsche Volk hat der Arbeit des Reichstags in den letzten Wochen mit einer gewissen Resignation zugesehen. Die Mehrheit, die bereit war, die militärischen Forderungen zu bewilligen, war so kompakt, daß der Widerstand, den allein die Sozialdemokratie dem gefräßigen Moloch entgegensetzte, aussichtslos erschien. In der Kommission stritten sich die bürgerlichen Parteien um verhältnismäßig unbedeutende Punkte und die getreue Opposition posante es als einen großen Erfolg aus, daß sie ganze drei Kavallerieregimenter gestrichen hatte. Bis zur zweiten Lesung hielt auch der Mut dieser Oppositionshelden an, dann aber klappten sie gehorsam zusammen. In der dritten Lesung wurden auch die strittigen Reiterregimenter bewilligt.

Der Kampf um die Deckung hat sich fast vollständig in der Stille der Kommissionen abgepielt, oder richtiger, die Deckung war das Objekt des Ruhhandels zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten hatten man verulustiger Weise zu den Schachergeäften nicht zugezogen, aber in den Berechnungen der bürgerlichen Parteien bildete, wie sie es auch schon in der Deckungsvorlage der Regierung getan hatte, die Sozialdemokratie einen wichtigen Faktor. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie mußte diesmal die Hauptlast für die Heeresvermehrung schweren Herzens auf die tragschweren Schultern gelegt werden. Dem Gewicht der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen und der 110 sozialdemokratischen Mandate ist es zu danken, daß wir diesmal von indirekten Steuern auf den Konsum der Massen verschont blieben. Die Konservativen allerdings können sich in diese neue Orientierung der Reichsfinanzpolitik noch nicht schicken; ihnen ist es noch unsäglich, daß auch die Reichen zur Ertragung der Lasten für den Militarismus herangezogen werden sollen. Zu ihrer tiefen Betrübnis sahen die bürgerlichen Parteien, sah insbesondere das Zentrum seine junkerlichen Wulstfreunde sich absondern.

Für die Sozialdemokratie brachte die Schlußabstimmung über die Deckungsvorlagen eine schwere Entscheidung. Sie hat selbstverständlich die Militärvorlage glatt abgelehnt, und sie hätte konsequenter Weise auch die zur Kostendeckung erforderlichen Steuern ablehnen müssen. Die Sache hatte aber einen sehr wichtigen Haken. Es handelte sich diesmal um direkte Steuern, die den Besitz treffen. Wären diese abgelehnt worden, dann wären an ihrer Stelle indirekte Steuern auf den Konsum getreten, denn die Militärvorlage selbst war bewilligt und die Reichstagsmehrheit hätte sich unter allen Umständen verpflichtet gefühlt, für eine Deckung zu sorgen. Die Sozialdemokraten haben also für den Wehrbeitrag und die Wertzuwachssteuer gestimmt, denn trotz der Mängel, die diesen Gesetzen anhaften, sind es Steuern, die nur die Besitzenden treffen. Diese Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion wird man durchaus billigen müssen. Darüber, daß die Sozialdemokraten die übrigen Gesetze zur Kostendeckung ablehnen mußten, bestand kein Zweifel. Sie haben gegen das Gesetz gestimmt, durch welches der Zeitpunkt für die Ermäßigung der Zudersteuer wieder einmal hinausgeschoben wird, ebenso haben sie die Erhöhung des Kriegsschages und die Milderung des Stempelgesetzes abgelehnt.

Ueber die neuen Finanzgesetze, die mit so großer Hast erledigt wurden, daß das große Publikum noch gar nicht in der Lage war, ihre Bedeutung und Wirkung zu übersehen, wird noch manches zu sagen sein. Erwähnt sei hier nur, daß der Reichstag die in zweiter Lesung beschlossene Verpflichtung der Fürsten zur Zahlung der Besitzsteuer in dritter Lesung wieder gestrichen hat.

Leider ist der Versuch der Sozialdemokraten, die Gelegenheit zu benutzen, um dem volksfeindlichen Militarismus einige Zugeständnisse abzutrotzen, von den bürgerlichen Parteien vereitelt worden. Die Mißstände selbst werden von diesen nicht bestritten, dazu sind sie zu offenkundig, aber statt ihre Beseitigung zu beschließen, beschränkte man sich auf die Annahme von Resolutionen, die der Bundesrat nachher in den Papierkorb wirft. Nur in einem Punkte ist etwas erreicht worden. Rechtzeitig vor Beendigung der dritten Lesung wurde ein Schreckensurteil bekannt, das vom Kriegsgericht in Erfurt gegen einige Landwehrlente gefällt worden war. Wegen eines unbedeutenden Wirtschaftsverstoßes am Abend nach der Kontrollerversammlung, wobei es zu einem Zusammenstoß mit dem Ortspolizisten und einem Gendarmen kam, wurden sieben Arbeiter wegen militärischen Aufruhrs usw. zu insgesamt 16 Jahren Zuchthaus und 12 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses fürchterliche Urteil peitschte das Gewissen auch der bürgerlichen Parteien auf. In aller Eile wurde ein Gesetz formuliert und am letzten Sitzungstage sofort in allen drei Lesungen angenommen, nachdem der

Reichstanzler versprochen hatte, im Bundesrat dafür einzutreten. Durch dieses Gesetz wird bestimmt, daß in einer Reihe von Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches, die jetzt nur mehrjährige Zuchthausstrafe als Mindeststrafe kennen, bei minderschweren Fällen die Strafe auf 6 Monate bezw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann.

Die nahezu einstimmige Annahme dieses Gesetzes, gegen welches nur einige Konservative stimmten, ist der einzige Lichtblick in die Verhandlungen über die Militärvorlage. An diesem Beispiel ist aber zu erkennen, daß der Reichstag immerhin über einige Machtmittel verfügt, und daß er, wenn er nur will, auch die Regierung zur Nachgiebigkeit zwingen kann. Leider macht er von seinen Machtmitteln nur selten und auch dann nur in sehr bescheidener Weise Gebrauch.

Nun sind nach Ansicht der Regierung die militärischen Bedürfnisse des Reiches für absehbare Zeit gedeckt. Nach den bisherigen Erfahrungen muß man aber damit rechnen, daß in nicht zu ferne Zeit eine neue Militärvorlage kommt. Wahrscheinlich wird man aber dem Volk zuvor noch eine neue Flottenvorlage zu schluden geben.

Soziales.

Submissionen und gute Arbeitsbedingungen in — England.

F. W. Sehr häufig werden in der Presse sogenannte Submissionen veröffentlicht, nämlich Submissionsergebnisse, bei denen der Unterschied zwischen den einzelnen Angeboten so groß ist, daß man daran zweifeln muß, ob die Bewerber um den Auftrag auch rechnen können. Nicht selten dürften die auffällig billigen Angebote dadurch zustande kommen, daß die Unternehmer mit außerordentlich niedrigen Löhnen rechnen, die sie ihren Arbeitern zu zahlen beabsichtigen. Eine gesetzliche Bestimmung, welche die Unternehmer verpflichtet, bei öffentlich ausgeschriebenen Arbeiten bestimmte Mindestlöhne zu zahlen und eine festgesetzte Arbeitszeit nicht zu überschreiten, wäre wohl geeignet, manche Auswüchse des Submissionswesens zu beseitigen und die Unternehmer zu zwingen, sorgfältiger zu kalkulieren.

In England besteht seit einer Reihe von Jahren für die Vergabe von staatlichen Arbeiten eine Gesetzesbestimmung, die unter dem Namen „die reelle Lohnklausel“ bekannt ist und die vorschreibt, was für Mindestlöhne gezahlt werden müssen und welche Arbeitszeit eingehalten werden muß. Eine Submissionsaufforderung eines staatlichen Instituts für die Vergabe von Tischlerarbeiten liegt uns vor, die die vorgedruckten Bedingungen enthält, die bei der zu vergebenden Arbeit einzuhalten sind. Hier heißt es im § 5 unter der Ueberschrift „Weitervergabe von Arbeiten und reelle Löhne“: „Die Unternehmer müssen bei der Ausführung dieses Kontraktes die Verpflichtung eingehen und beobachten, wie sie für Unternehmer in einer Resolution niedergelegt sind, die im Hause der Gemeinen am 10. März 1909 angenommen wurde, und die folgenden Wortlaut hat: Die Unternehmer der Arbeiten müssen Löhne bezahlen und Arbeitszeiten einhalten, die nicht weniger günstig sind als jene, die allgemein von Unternehmern und Gewerkschaften anerkannt werden (oder, wenn solch anerkannte Löhne und Arbeitszeiten nicht bestehen, diejenigen, die bei guten Firmen allgemein in Gebrauch sind) in dem Gewerbe des Distrikts, wo die Arbeiten ausgeführt werden. Dort, wo es solche anerkannten oder meist üblichen Löhne und Arbeitszeiten in einem bestimmten Distrikt nicht gibt, sollen die in dem nächstliegenden Distrikt anerkannten oder meist üblichen angenommen werden, wo die allgemein industriellen Verhältnisse die gleichen sind. Ferner sollen die allgemein üblichen Arbeitsbedingungen in dem Distrikt des betreffenden Gewerbes in Betracht gezogen werden, um festzustellen, inwieweit die Bestimmungen der reellen Lohnklausel beobachtet werden. Den Unternehmern ist es verboten, irgendeinen Teil der übernommenen Arbeiten einer andern Person oder Personen direkt oder indirekt zu übertragen oder abzutreten ohne die schriftliche Genehmigung des betreffenden Departements. Weitervergabe von Arbeiten, wie sie nicht in dem betreffenden Gewerbe üblich sind, ist verboten. Die Unternehmer sind bei Weitervergabe der Arbeiten verantwortlich für die Innehaltung der reellen Lohnklausel.“ Bei der Uebernahme der Arbeit werden die Unternehmer verpflichtet, Lohnbücher und Wochenzettel zu führen, in denen der ausbezahlte Lohn und die von dem Arbeiter an dem betreffenden Kontrakt geleistete Arbeitszeit vermerkt sein muß, und die dem beauftragten Beamten bei der Inspektion jederzeit auf Verlangen vorgezeigt werden müssen. Alle sich an der Ausschreibung beteiligenden müssen am Kopf ihrer Bewerbung mitteilen: a) den Minimallohn, der den Arbeitern bezahlt wird, die diese Arbeit ausführen; b) die wöchentliche Arbeitszeit, die diese Arbeiter zu leisten haben.

Das Beste bei diesen Submissionen (für unsre Unternehmer vielleicht das Unbegreiflichste) ist, daß Original-exemplare dieser Ausschreibungen mit genauer Angabe aller Unternehmern, die zur Submission aufgefördert worden sind, an alle beteiligten Gewerkschaften geschickt werden, damit diese nachkontrollieren können, ob bei den betreffenden Firmen die reelle Lohnklausel in ne gehalten wird. Diese Bestimmungen bestehen nun zwar, wie schon gesagt, nur für staatliche Arbeiten, aber die Gewerkschaften haben es verstanden, viele städtische sowie Privatinstitutionen zu veranlassen, die reelle Lohnklausel in ihren Submissionsbedingungen aufzunehmen. So berichtet die Föderation der Gewerkschaften im Londoner Baugewerbe, daß es ihr gelungen ist, die Einfügung dieser Klausel bei der Vergabe der Arbeiten für eine Anzahl öffentlicher Bauten durchzudrücken. Angeführt werden unter anderem Erweiterungsbauten für zwei Londoner Wäfen, Wohnhausbauten einer privaten Baugesellschaft und der Neubau des Hauses für den Londoner Grasschaftsrat. Ueberall ist festgelegt, daß die Gewerkschaftslöhne bezahlt werden müssen, für das Grasschaftsratsgebäude sogar, daß alle Tischler-, Zimmerer- und Steinarbeiten in London hergestellt werden müssen.

Besonders günstige Bedingungen für die beteiligten Arbeiter hat aber die Föderation bei dem Neubau eines großen

Gebäudes für die Vereinigten Staaten von Australien, das in London gebaut wird, erstellt. Die Föderation hatte sich direkt mit dem Premierminister der Vereinigten Staaten von Australien in Verbindung gesetzt und nach mehreren Hin- und Herschreiben jetzt die Submissionsbedingungen zugestimmt erhalten. Danach müssen nicht nur mindestens die von den Gewerkschaften festgesetzten Minimallohne bezahlt werden, sondern es wird direkt zur Bedingung gemacht, daß die Unternehmer den Mitgliedern von Gewerkschaften den Vorzug geben müssen bei der Einstellung sowohl wie bei der Beschäftigung irgend-einer der auszuführenden Arbeiten. Damit diese Bedingungen aber auch eingehalten werden, wird für den Fall, daß Unternehmer niedrigere Löhne zahlen, diesen für jeden Fall eine Strafe bis 50 Pfund Sterling (1000 Mk.) angedroht, die von ihren Forderungen in Abzug gebracht werden soll. Dies Geld soll dann dazu verwendet werden, eventuelle Forderungen geschädigter Arbeiter zu begleichen.

So etwas wäre natürlich in Deutschland unerhört. Das Bestreben der Regierung ist aber auch bei uns nicht darauf gerichtet, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sondern die Arbeiter niederzulassen. Das deutsche Gegenstück zu der „reellen Lohnklausel“ ist die Streikklausel in den Lieferungsverträgen. Eine Menge von Unternehmerverbänden machen ihren Mitgliedern zur Pflicht, in ihre Verträge eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche die Lieferfrist um die Dauer eines Streiks oder einer Aussperrung hinausgeschoben wird. Diese Streikklausel wird auch von den meisten Behörden in Deutschland ausdrücklich oder stillschweigend anerkannt. — In England die reelle Lohnklausel, in Deutschland die Streikklausel. Diese Gegenüberstellung ist kennzeichnend für den Hochstand der deutschen Sozialpolitik.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine tagte am 17. und 18. Juni in Dresden. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die deutschen Konsumvereine gegenwärtig 2,1 Millionen Mitglieder umfassen. Der Jahresumsatz beträgt 588 Millionen Mark bei einer Eigenproduktion von 88 Millionen Mark. Von den genossenschaftlich organisierten Konsumenten gehören 5/7 den im Zentralverband zusammengeschlossenen Konsumvereinen an. Die Tätigkeit des Zentralverbandes hat sich außer der Förderung der Eigenproduktion auf die Weiterbildung des Tarifwesens, die Abwehr der Heim- und Zuchtindustrie und die Verbreitung der „Volksfürsorge“ erstreckt. Als nächste Aufgabe wird eine Systematisierung des Geldwesens bezeichnet, vor allem eine Stärkung der Reserven und Erhöhung der Geschäftsanteile bei den einzelnen Vereinen.

Aus den Verhandlungen erweckte das Referat eines Baseler Vertreters über „Voraussetzung und Technik des Betriebes konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Wollereien“ besonderes Interesse. Der Redner konnte dabei auf günstige Erfahrungen seines Vereines hinweisen, doch sei ein umfangreicher Verein mit bedeutendem Umsatze auf der einen, großem Betriebskapital und genauester Geschäftsführung auf der anderen Seite Voraussetzung des Erfolges. In der umfangreichen Aussprache über diesen Punkt beteiligte sich auch der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes. Für Fortbildungszwecke wurde beschlossen, den Vereinen eine jährliche Steuer von 5 Pf. pro Mitglied aufzuerlegen, die in den Unterrichtsfonds fließen soll. Eine Differenz der Seifenfabrik Gröba mit ihren Schloßern wurde durch den Hinweis auf den tarifmäßigen Instanzenweg und die angerufenen Vermittlung der Generalkommission vorläufig erledigt. Auf eine Beschwerde, daß der Transportarbeiterverband die für die Konsumvereine zu vermittelnden ungelerten Arbeitskräfte ausschließlich aus seinen eigenen Reihen nehme und so die etwa wünschenswerten Unterbringung von gemäßregelten Mitgliedern anderer Gewerkschaften unmöglich mache, wurde entgegnet, daß dieser Verband billigen Wünschen dieser Art entsprechen würde, wenn sie ihm vorgetragen würden. Der Vertreter der Generalkommission betonte dazu, daß an sich an dem Prinzip der Arbeitsvermittlung durch die zuständige Gewerkschaft nicht gerüttelt werden dürfe.

Eine Brüsterung des Reichstags durch den Bundesrat. Das in der letzten Sitzung des Reichstags beschlossene Notgesetz zum Militärstrafgesetzbuch bedarf, wie alle gesetzgeberischen Aktionen, der Zustimmung des Bundesrats. Nachdem die Fassung des Notgesetzes mit Vertretern der Regierung vereinbart war und der Reichskanzler in öffentlicher Sitzung erklärt hatte, im Bundesrat für die Annahme des Notgesetzes einzutreten zu wollen, durfte man annehmen, daß dieses nun auf dem schnellsten Wege erledigt würde. Der Bundesrat hat aber das Bedürfnis gehabt, dem Reichstag seine Mißachtung zu beweisen. Er hat zwar im Handumdrehen der Gesetzesmehrheit und den Verdungsvorlagen, in der vom Reichstag beschlossenen Form, zugestimmt, die Erledigung des fraglichen Notgesetzes wurde aber bis zum Herbst verschoben. Die hohen Herren vom Bundesrat sind überzeugt, daß sich der Reichstag auch diese grimmige Behöhnung noch gefallen lassen wird. Leider berechtigt die Nachgiebigkeit des Reichstags gegen die Wünsche der Regierung zu einer solchen Auffassung. Es wäre aber wirklich an der Zeit, daß die Volkswirtschaft sich auf ihre Würde besinne und den hohen Herren von der Regierung die Lust zu solchen hohlenen Scherzen austreibt. Die Macht dazu hat der Reichstag, er muß nur von ihr den rechten Gebrauch machen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zeitschrift *Luzifer* wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlweise ab 1. August 90 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusatz ist der 29. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Wir machen nochmals auf den Wechsel unserer Adresse aufmerksam und ersuchen für alle Sendungen an den Verbandsvorstand, die Redaktion und Verlagsanstalt von jetzt ab die neue Adresse zu benutzen:

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Zersprecher: Amt Köllnplatz 14719 und 14720.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 210157 Wlth. Friedrich, Tschl., geb. 13. 5. 82 zu Primenau.
- 210401 Gustav Schöndorf, Tschl., geb. 27. 12. 61 zu Halle.
- 287505 Frdr. Reilemann, Drechsl., geb. 18. 6. 84 zu Wilsen.
- 387859 Erich Grunow, Tschl., geb. 2. 2. 90 zu Friedrichsberg.
- 443788 F. Hildebrandt, Tschl., geb. 2. 1. 90 zu Johannisberg.
- 453647 Adam Heg, Stellm., geb. 8. 9. 89 zu Echa.
- 465493 August Melles, Tschl., geb. 20. 5. 80 zu Willehm.
- 489011 D. Vorsdorf, Masch.-Arb., geb. 29. 8. 93 zu Colmniß.
- 507312 Alb. Köfeler, Stockarb., geb. 13. 3. 82 zu Berlin.
- 581312 K. Zimmermann, Tschl., geb. 13. 9. 93 zu Graudenz.
- 551060 Paul Becker, Pol., geb. 26. 3. 74 zu Treptow.
- 560203 Babetta Krippmer, Hilfsarb., 1. 1. 91 zu Petersgümlind.
- 564298 Ernst Weller, Tschl., geb. 14. 6. 63 zu Tschl. Böhmen.
- 638692 Georg Schönlain, Pol., geb. 30. 9. 94 zu Fflrth.
- 648379 Vellen Hedegaard, Tschl., geb. 15. 9. 92 zu Horne.
- 648578 Heinrich Matties, Tschl., geb. 13. 1. 94 zu Steinbach.
- 647371 Otto Wagner, Stellm., geb. 9. 5. 88 zu Weissen.
- 654115 Paul Nistau, Tschl., geb. 31.7.84 zu Wollgramshausen.
- 661278 Karl Titt, Masch.-Arb., geb. 1. 9. 90 zu Hameln.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Korbmachern im Magdeburger Gau.

Im Auftrage des Gauvorstandes hielt ich Versammlungen ab in Osterburg, Wittenberg, Eisleben und Wettin.

In Osterburg sind 13 Korbmacher beschäftigt, welche auch alle organisiert sind. In der Versammlung waren alle anwesend; außerdem acht Tischler. Es bestand seit langer Zeit persönlicher Streit unter den Kollegen, welcher nach längerer Aussprache beider Parteien geschlichtet wurde. Wenn die Kollegen alles Persönliche beiseite lassen, dann wird es möglich sein, die noch 59 Stunden betragende Arbeitszeit zu verkürzen.

In Wittenberg sind 26 Kollegen beschäftigt, aber nur drei sind davon organisiert. Trozdem die Verwaltung durch Handzettel alle eingeladen hatte, waren nur drei Kollegen erschienen, darunter zwei Unorganisierte. Es waren auch vier Meister erschienen; sie wollten hören, wie die Korbmacher gehoben werden kann. Wir haben eine längere Besprechung gehabt. Die Meister drückten ihr Bedauern aus, daß die Gehilfen nicht gekommen sind. Es wäre besser, wenn sie sich zusammenschließen würden; es müßte dadurch möglich werden, mit der Innung einen Vertrag abzuschließen. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden und mehr pro Tag. Da ist es erklärlich, daß die Kollegen keine Zeit haben über ihre Lage nachzudenken. Ein Kollege ließ sich aufnehmen, der zweite hat es fest versprochen.

In Eisleben sind 29 Korbmacher beschäftigt; 24 sind organisiert. Ob es gelingen wird, die noch fünf Unorganisierten zu gewinnen, ist fraglich, da ein Teil sehr alt und die anderen beschränkt sind. Hier galt es vor allem, die Kollegen anzuregen. Auch hier besteht noch die 59stündige Arbeitszeit. Der Unternehmer Busch hat in letzter Zeit im Gefängnis arbeiten lassen. Die Geschoßkörbe werden zu sehr niedrigem Lohn angefertigt. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kollegen etwas wachsam sein wollen. Die Versammlung konnte besser besucht sein, es waren 16 Kollegen anwesend. Da die Kollegen in nur zwei Werkstätten beschäftigt und gut organisiert sind, so muß es möglich sein, auch den letzten Mann in die Versammlung zu bringen.

In Wettin sind 40 Kollegen auf Reiseförbe und Grün beschäftigt. Es ist in letzter Zeit gelungen, elf zu organisieren. Die Verwaltung in Halle hatte sich alle Mühe gegeben durch Handzettel sowie auch durch mündliche Hausagitation zur Versammlung eingeladen, doch hatten sich nur neun Kollegen eingefunden, darunter fünf nicht organisierte. Die Kollegen gaben ohne weiteres zu, daß es richtig ist, daß sich auch die Korbmacher organisieren, doch, daß auch sie mitunehmen sollen, können sie noch nicht verstehen. Es besteht hier ebenfalls noch die elfstündige Arbeitszeit. Der Lohn ist in den letzten Jahren etwas durch den Druck von auswärtig gestiegen; es herrscht hier sowie auch in Wittenberg Arbeitermangel. Die Korbmacher gehen diesen Orten in großem Bogen aus dem Wege. — Zieht man das Resultat aus dieser Agitation, so kann zugegeben werden, daß der Erfolg nicht verlockend ist. Doch schon die Tatsache, daß ein Korbmacher in der Versammlung spricht, hat das Ansehen des Verbandes bei den Kollegen gehoben. Die Meinung, die Korbmacher haben nichts zu sagen, sie werden beiseite gedrückt, ist damit geschwunden. Bekannt ist, daß auf einen Sieb kein Baum fällt, nur Ausdauer führt zum Ziele.

Karl Winkler-Berlin.

Korrespondenzen.

Bühlertal in Baden. Unter dem stolzen Namen „Süddeutsche mechanische Büchsenfabrik“ besteht hier ein Betrieb von etwa zehn Mann, wobei sich drei jugendliche Arbeiter befinden. Als Pecher wird ein Laubhämmer beschäftigt, der nur 1,50 Mk. Tagelohn erhält, obwohl er über 1000 Büchsen macht. Den höchsten Lohn hat der Jurichter mit 45 Pf. die Stunde. Um nun noch billiger zu produzieren, ist dieser gekündigt worden. Dafür hat der Inhaber sich in einer Anstalt in Dilschweiler Mädchen zum Pechen anlernen lassen. Das Einziehen läßt er in Nordbrag bei Offenburg, das Zauwend zu 30 Pf., ausführen. Troz dieser niedrigen Preise dürfte eine solch umständliche Produktion auf die Dauer kaum vorteilhaft sein.

Danzig. Zum 28. Juni hatte der hier neugegründete Lokalverein der Tischler eine Versammlung einberufen, zu der auch Gäste volle Redefreiheit zugesichert war. Herr Kater aus Berlin sollte über die „Niederlagen der Zentralverbände in ihren wirtschaftlichen Kämpfen“ reden. Der Referent gab in längeren Ausführungen einen geschichtlichen Ueberblick und suchte nachzuweisen, daß die Zentralverbände durch ihre Unterstützungseinrichtungen und ihre Tarifpolitik den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten und lediglich reine Unterstützungvereine geworden seien. Die Ideale seien dadurch bei den Verbänden zum Teufel gegangen, diese könne man nur noch bei der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften finden. Als nach

1 1/2stündigem Referate der Redner noch immer nicht zu dem eigentlichen Thema sprach, wurde er durch Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht. Nun kam endlich der große Schlager. Mit Pathos rief der Redner: Die Zentralverbände haben sich dem Unternehmertum mit Haut und Haaren verschrieben, so daß sie Lohnbewegungen überhaupt nicht mehr führen können, wenn sie sich nicht schadensersatzpflichtig machen wollen. Sei doch bei der letzten Tarifbewegung der Bauarbeiter die Negregpflicht der Gewerkschaften ohne Widerspruch in die Tarifverträge aufgenommen worden. Diese unwahre Behauptung löste natürlich bei den Anwesenden allgemeine Heiterkeit aus. Nach Abschluß dieser schweren Beschüßes kamen noch einige Phrasen über die hohen unzerstörbaren Ideale, dann war es aus mit den Niederlagen der Zentralverbände. Es war den nachfolgenden Diskussionsrednern sehr leicht gemacht, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Da dieser nun immer von den großen Idealen, von denen die freie Vereinigung getragen sei, gesprochen hatte, so war es ganz selbstverständlich, daß nun auch einmal seine Danziger „Idealisten“ unter die Lupe genommen wurden. Im Gegenfatz zu den Idealen des Referenten sind die führenden Elemente der Danziger Lokalkisten Leute, die es in ganz ausgezeichneter Weise verstanden haben, die jetzt so „verwerflichen“ Unterstützungseinrichtungen aufs Beste auszunutzen. War das Benehmen dieser Leute dem Referenten schon so peinlich gewesen, daß er selber seine „Gesinnungstreuen“ auffordern mußte, sich doch anständig zu benehmen, so war die Kennzeichnung seiner Genossen so niederschmetternd für ihn, daß er mehrermale ausrief: „Dafür können sie mich doch nicht verantwortlich machen!“ Daß Herr Kater von seinen Freunden in Danzig keinen erhebenden Eindruck bekommen hatte, wurde dann auch dadurch bewiesen, daß er am andern Tage zu dem Angestellten des Zimmerer-Verbandes äußerte: wenn er gewußt hätte, wie die Verhältnisse in Danzig lagen, er sicherlich nicht hingekommen wäre. In bezug auf seine Danziger Freunde meinte er, es wäre nicht die Absicht der freien Vereinigung, nur die schlechtesten Elemente in sich aufzusaugen. Auch besaß er sozial Ehrlichkeit, zuzugeben, daß er sich mit der Negregpflicht des Bauarbeiter-Verbandes getrt habe.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 5. Juli, bis Freitag, den 11. Juli 1913.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenanfang vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischer inkl. Anschläger	87	—	394
Möbelschler	75	—	308
Maschinenarbeiter	6	—	29
Polierer inkl. Beizer	2	—	11
Drechsler	—	—	7
Sonstige Branchen	1	—	53
Zusam	171	—	797

Karlsruhe i. B. (Christlicher Streikbruch.) Zur Beschönigung des schmutzigen Verhaltens der christlichen Streikbruchagenten veröffentlicht der „Christliche Holzarbeiter“ in seiner Nr. 28 eine Darstellung der Differenzen bei der Firma Langbein, Hobel- und Sägewerk, die sozial Unwahrheiten als Sätze enthält. Die Dinge haben sich dort folgendermaßen abgespielt: Bei der im Frühjahr durchgeführten Lohnbewegung hatte sich der Vertrauensmann des Transportarbeiter-Verbandes den besonderen Zorn der Arbeitgeber zugezogen und er sollte hinausgeschickt werden. Zu dem Zweck wurde ein recht harmloser Vorwand benutzt. Als einige Arbeiter einmal zusammenstanden um über ihre Arbeit zu sprechen, kam der Oberfäger dazu und trieb sie in dem von ihm beliebigen Kasernenhofen zur Arbeit. Der Vertrauensmann erwiderte darauf, man könne das auch anständig fagen: Damit war der langgesuchte Grund für seine Entlassung gefunden. Was der Christ von Schiffen, Denunzierungen und ähnlichen Mitteln erzählt, die gegen die christlich organisierten Arbeiter zur Anwendung gebracht worden seien, ist unwahr; von der Organisationszugehörigkeit war überhaupt keine Rede. Die Arbeiter des Betriebes waren aber über die am Samstag erfolgte Entlassung des Vertrauensmanns so erbittert, daß sie am folgenden Montag, den 9. Juni, nicht zur Arbeit gingen. Als die Organisationsvertreter von den Vorgängen Mitteilung erhielten, wurden sie noch am gleichen Tage beim Betriebsinhaber vorstellig. Aber vorher war schon der Vertreter der Christen dort gewesen, der dem Unternehmer versprochen hatte, den Betrieb mit christlichen Arbeitswilligen zu besetzen. Diese Offerte wurde natürlich angenommen, denn damit war ja auch der Vertrag, an dessen Abschluß die Christen nicht beteiligt waren, beseitigt. Mit den christlichen Arbeitswilligen kann dann ja ein für die Firma günstigerer Vertrag abgeschlossen werden. Die Versorgung des Betriebes mit Streikbrechern ging aber in den ersten drei Wochen, troz des Schutzes durch die Polizei und Gendarmerie, nicht so schnell, wie die christlichen Führer erwartet hatten. Blieben doch selbst die drei christlichen Arbeiter, die seither im Betrieb beschäftigt waren, trotzdem ihnen keine Unterstützung gezahlt wurde, der Arbeit fern. Da auch die Inzertate der Firma ohne Erfolg blieben, gingen die christlichen Sekretäre Kühn und Stöder persönlich auf die Streikbrecher zu. Durch Flugblätter und Versammlungsreden animierten sie ihre Gläubigen, sich anwerben zu lassen, und die Arbeiter, die ihren Lodungen Folge geleistet hatten, begleiteten die christlichen Streikbruchagenten persönlich in die Fabrik. Ob es dieser forcierten Arbeit der christlichen Streikbruchagenten gelingen wird, den Betrieb zu besetzen, steht noch dahin, jedenfalls ist das Verhalten der Sekretäre bezeichnend für den Geist, von welchem die christlichen Gewerkschaften geleitet werden.

Limbach i. Sachsen. Seit Beginn des letzten Vertrages bestehen nun schon Differenzen mit der Bau- und Möbelschlerei Arthur Ulbricht. Die Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde wollten die vier Kollegen auf jeden Tag verteilen, der Unternehmer hingegen legte sie auf den Montag. Nachdem die Verwaltung ohne Erfolg vorstellig geworden war, versuchte der Gauvorstand die Streitigkeiten zu regeln. Der Unternehmer spielte aber der

starke Mann. Mittels des Hausfriedensbruchparagrafen entledigte er sich unfres Vertreters. Da aber die Kollegen sofort nach Abweisung des Bauvorstandes eine Werkstättenversammlung vor den Augen des Unternehmers abhielten, erklärte er sich andern Tags mit ihren Forderungen einverstanden. Dieser Erfolg, den die Kollegen durch ihr einmütiges Vorgehen erzielten, scheint nun dem Unternehmer in die Glieder gefahren zu sein. Während er vormals die Werkstätte nicht als seinen ausschließlichen Aufenthaltsort betrachtete, stellt er sich jetzt gleich eine volle Stunde vor den Arbeitsplatz eines Kollegen. Wenn dann einmal etwas verkehrt geht, dann spart er nicht mit seinem Groll, wobei er in den Ausdrücken nicht gerade wählerisch ist. Erst kürzlich mußte ein Kollege dieserhalb zur Kündigung greifen. Der Unternehmer glaubt, die auf solche Art hinausgebrachten Kollegen immer gleich durch andre, ihre Arbeitskraft anbietende Kollegen ersetzen zu können, da auf ein Inserat sich eine ganze Anzahl Kollegen gemeldet hatte. Auf Inserate darf aber hier Arbeit nicht ohne weiteres angenommen werden. Erstmal besteht ein Bezirksarbeitsnachweis mit dem Siegel in Chemnitz, dann aber muß sich jeder zureisende Kollege auf dem hier bestehenden Nachweis melden. Derselbe befindet sich bei William Schuster, Limbach, Frohnaerstraße 44, 5. Hs.

Regensburg. Im Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter regt sich der hiesige Verlichterfalter darüber auf, daß Kollege Stein in einer Holzarbeiterversammlung die Tatsache festnagelte, daß bei den Vertragsverhandlungen in Berlin im Beisein des Freiherrn v. Berlepsch weder der Zentralvorstand der christlichen Holzarbeiter, noch der Vorstand des Frisch-Dümderschen Gewerkevereins ein Wort zu den Forderungen sagten. Jedem Teilnehmer ist dies aufgefallen, besonders da, als über die für sie besonders in Frage kommenden Städte, wie Köln, Düsseldorf und München, gesprochen wurde. Wenn die Tarifbewegung zugunsten der Holzarbeiter beendet würde, so ist es gewiß nicht das Verdienst der Christen. Nun können aber diese Leute die Wahrheit nicht vertragen, scheuen sich aber auch nicht, sie den eigenen Mitgliedern gegenüber zu malträtiert. Um aber unserm Bauvorstand Stein eins auszuwischen, müssen sie schon bis auf das Jahr 1907 zurückgehen, wo der christliche Gauleiter Schwarzer den Draufgänger spielen wollte, weil seine Mitglieder in der Minderheit waren und er auf den Mitgliederfang ausging. Bei dieser Gelegenheit dürften wir aber Herrn Schwarzer an die Vorgänge in Cham im Jahre 1910 erinnern, wo er die Bewegung so großartig führte, daß er heulend zum Gewerbetarief, weil sich auch die eigenen Mitglieder mit seiner strategischen Leistung nicht zufrieden geben wollten. Wenn dabei die Vorwürfe der Christen gelinder ausgefallen sind, so liegt es nicht an seiner Erziehungsarbeit, sondern an der Duldsamkeit der Leute. Klassenbewußtsein werden die Mitglieder der Christen auch so bald nicht erlangen, weil sie einseitig aufgestellt werden. Man verschweigt den Leuten, warum die Lebensmittel teurer werden und wer daran schuld ist. Die angeborene Ueberhebung ihrer Führer ist längst bekannt; sie ergreifen daher jede Gelegenheit gierig auf, um sich nicht nur selbst zu loben, sondern auch ihre Talente hervorzuheben, und wenn sie noch so gering sind. Unfre Mitglieder wissen die Verdrehungen zu würdigen, weil sie die Wahrheitsliebe der Christen aus eigener Erfahrung längst kennen. Dafür werden sie um so mehr für die Zahlstelle tätig sein und dafür sorgen, daß noch mehr Aufklärung nach jeder Richtung hin geschaffen wird.

Rotenburg (Hannover). Am 1. Juli wurde hier, nach einem Vortrag des Kollegen Willers aus Hamburg, eine Zahlstelle gegründet, die vorläufig 18 Mitglieder zählt. Am Orte selbst gehören fast alle Kollegen dem Verbande an, dagegen arbeiten bei den Meistern in den Landorten des Kreises Rotenburg noch viele Unorganisierte, und zwar unter recht unangünstigen Verhältnissen. Mögen nun die organisierten Kollegen alles aufbieten, um die Fernstehenden der Zahlstelle zuzuführen, damit die Organisation hier Remedur schaffen kann. Eine Hauptaufgabe der Zahlstelle wird darin bestehen, eine Regelung der Arbeitsvermittlung durchzuführen. Bislang gehörten die Rotenburger Kollegen der weit abliegenden Zahlstelle Bremen an. Bevollmächtigter ist Kollege C. Holtmann, Bergstraße 48.

Winnenden. In der Tischlerei Steinmayer u. Ebert lassen die Arbeitsverhältnisse trotz aller öffentlichen Kritik noch immer recht viel zu wünschen übrig. Die Kollegen, die in Kost und Logis sind, müssen in einer Dachkammer schlafen. Bei Regenwetter können sie im Bett den Schirm aufspannen. Als Waschgelegenheit diente bis vor kurzem für sieben bis acht Mann ein einziger Holzkübel, der in der Regel wenig sauber war. Das wurde erst anders, als ein neuer Kollege es dieserhalb zum Krach kommen ließ. Freilich erhielt er zunächst statt einer Waschkübel seine Entlassung. Die Verhandlung vor dem Stadtschultheiß über den Lohn für die Kündigungszeit hatte aber doch das Gute, daß nun auf einmal alle Kollegen eigene Waschkübel erhielten. Sie erhielten sogar noch weiter einen besonderen Aufenthaltsraum, während sie seither in den freien Stunden in der Werkstatt oder auf dem Holzpfah „wohnten“. Im Betriebe selber ist die Maschinenanlage aber noch immer mäßig. Die Freizeitmänner sind mehrfach zusammengeschickelt und fallen nur zu leicht von den Nienstücken ab. Organisierte Arbeiter, die auf Besserung drängen, sind bei dem Inhaber wenig beliebt. Seine Frömmigkeit hindert ihn nicht, diese mit allerhand ungeschöner Namen zu belegen. Dabei wird es hier wie anderswo der Verband sein müssen, der Ordnung in den Betrieb bringt. Dazu ist aber nötig, daß niemand ohne vorherige Verständigung mit der Ortsverwaltung im Betriebe Arbeit nimmt.

Unsere Lohnbewegung.

Zur Lohnbewegung auf den Seeschiffswerken.

Am 8. Juli wurden die Verhandlungen mit den Vertretern der Werften fortgesetzt. Da in dem großen Personentreibes es waren zirka 40 Vertreter der Arbeiter aus den Werften erschienen, eine Verständigung äußerst schwierig war, wurde auf Vorschlag der Arbeitervertreter eine Subkommission eingesetzt. Aber auch hier zeigten die Vertreter der Werften keine Geneigtheit, Zugeständnisse zu machen. Der Vorschlag der Arbeiter, die Arbeitszeit jetzt um zwei Stunden

und im Jahre 1914 um eine weitere Stunde zu verkürzen, ebenso ¼ der geforderten Lohnerhöhung sofort und ¼ im kommenden Jahre zuzugestehen, wurde nicht akzeptiert. Die Herren erklärten, auch keinen Gegenvorschlag machen zu können, ehe sie nicht mit ihren Mandatgebern Rücksprache genommen haben. Eine weitere Verhandlung wurde dann auf Donnerstag, den 10. Juli, angesetzt. Diese dauerte nur kurze Zeit, da die Unternehmer ihre Zugeständnisse in einem Schreiben an die Kommission der Arbeitervertreter niedergelegt hatten und dieses zur Verlesung brachten. Das Schreiben der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller war von Herrn Herrn. Blohm unterzeichnet, der an den Verhandlungen bisher nicht teilgenommen hatte. Es lautet:

„Die in der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zusammengeschlossenen Werften haben beschlossen, auf die ihnen zugegangenen Forderungen ihrer Arbeiter folgende Zugeständnisse zu bewilligen:

1. Die Einstellungs-löhne sollen um 2 Pf. erhöht werden in denjenigen Betrieben, in denen seit Oktober 1910 eine Erhöhung nicht vorgenommen ist.
2. Die Stunden-löhne aller in Arbeit befindlichen Arbeiter werden vom August 1913 ab um 1 Pf. und vom April 1914 ab um einen weiteren Pfennig erhöht. Die Erhöhung beginnt mit der ersten im August bzw. April anfangenden Lohnwoche.

Die Lohnzahlungen wird, soweit dies nicht schon geschehen ist, auf Sonnabend gelegt. Betreffs aller übrigen Forderungen verbleibt es bei den im Jahre 1910 getroffenen Vereinbarungen und finden Lokalverhandlungen nicht statt.

Diese Zugeständnisse stellen das Neueste dar, was die Werften in Anbetracht der in den letzten Jahren ganz außerordentlich gestiegenen Verdienste der Arbeiter und angesichts der gegenwärtig wenig günstigen allgemeinen Geschäftslage zu bewilligen imstande sind; sie entspringen nicht den tatsächlichen Verhältnissen, sondern nur dem Wunsch, die jetzt gepflogenen langen Verhandlungen nicht ganz ergebnislos ausfallen zu lassen und einen Streit zu vermeiden.“

Nach diesen Zugeständnissen wird die Verkürzung der Arbeitszeit ganz abgelehnt. Da die Einstellungs-löhne seit Oktober 1910 fast an allen Werkstätten erhöht worden sind, bedeutet dieses Zugeständnis für nur verhältnismäßig wenige Arbeiter eine Verbesserung, so daß nur die 2 Pf. geübene Lohnerhöhung als Zugeständnis übrig bleibt, was keineswegs die Werftarbeiter befriedigt. Eine anderweitige Regelung des Akkordverhältnisses sowie die sonstigen Forderungen sollen nicht berücksichtigt werden.

Als Antwort auf die Vorschläge der Arbeitgeber gab die Verhandlungskommission folgenden Beschluß kund:

„Die Arbeitnehmer können in der Erklärung der Arbeitgeber keine befriedigenden Zugeständnisse erblicken, die geeignet sind, den Frieden auf den Werften zu sichern. Die Arbeitnehmer erklären aber noch einmal bestimmt, daß sie bereit sind, bei weiterem Entgegenkommen der Arbeitgeber über die Vorschläge beraten zu wollen.“

Wir erwarten jedoch bis Sonnabend, den 12. Juli, vormittags 9 Uhr, von Ihnen gefälligen Bescheid zu erhalten.“

Die Antwort der Arbeitgeber ging dahin, daß sie zu ihrer Erklärung nichts mehr zu sagen hätten.

Um den letzten Weg einer friedlichen Erledigung zu erschöpfen, traten die Zentralvorstände der an der Werftarbeiterbewegung beteiligten Organisationen in Aktion, indem sie sich nun schriftlich an die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller wandten.

Für Stettin wurde in Hamburg nicht mitverhandelt, da die dortigen Werften dem Verein der pommerischen Metallindustriellen angehören. Die örtlichen Verhandlungen fanden in Stettin am Freitag, den 11. Juli, statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß auch hier eine Arbeitszeitverkürzung abgelehnt wird, die Einstellungs-löhne, die seit Oktober 1910 nicht erhöht wurden, sollen ebenfalls um 2 Pf. erhöht werden. Eine Erhöhung der Stundenlöhne lehnen die Unternehmer ab, ebenfalls wurden in den sonstigen Forderungen Zugeständnisse nicht gemacht. Hier ist aber eine weitere Verhandlung für Donnerstag, den 17. Juli, festgelegt.

Am Sonntag, den 13. Juli, tagte wiederum in Hamburg eine Konferenz der Werftarbeiter. Dieselbe nahm den Bericht über die Verhandlungen entgegen. In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, daß man über das Zugeständnis der Unternehmer nicht viel zu diskutieren brauche, dieses sei abzulehnen. Mit dem von den Zentralvorständen unternommenen Schritt, einen letzten Versuch zur friedlichen Erledigung der Bewegung zu machen, erklärte sich die Konferenz durch Beschluß mit großer Mehrheit einverstanden. Es wird nun an den Werftarbeitern liegen, daß sie diesem Beschluß Rechnung tragen.

In Aensdorf in Sachsen ist die Vertragsbewegung in der Baufabrik Waltherr u. Paulig zu einem friedlichen Abschluß gekommen. Die bereits bestehende 53stündige Arbeitszeit bleibt in der bis zum 1. Juli 1916 festgelegten neuen Vertragszeit noch bestehen, dagegen steigt der bisherige „Normallohn“ für Tischler in der Höhe von 47 Pf. und der der Maschinenarbeiter von 42 Pf. in der Vertragszeit zum „Mindeststundenlohn“ auf 52 Pf. Für die Hilfsarbeiter steigt der Mindeststundenlohn auf 44 Pf. Die Akkordpreise erhöhen sich in der Vertragszeit um zirka zehn Prozent. Hoffentlich wird durch die jetzt erfolgte Gleichstellung der Tischler und Maschinenarbeiter in der Höhe des Vertragslohnes auch die Einigkeit unter den Kollegen eine größere.

In Cham stehen seit dem 1. Juli etwa 250 Arbeiter der Sägereien und der Spulensabrik Berger im Streit, um eine Lohnerhöhung zu erreichen. Das bisherige Angebot von 2 Pf. auf drei Jahre war unannehmbar. Die Säger gehören zum größten Teil dem christlichen Verbande an, während in der Spulensabrik auch unfre Mitglieder in Frage kommen.

In Dresden befinden sich die Arbeiter der Rohrmöbelfabrik Reimann im Kampf. Die Erneuerung des am 1. Juli abgelaufenen Vertrages war zu Bedingungen, die unfre Kollegen befriedigen konnten, nicht zu erreichen. Ohne Vertrag läßt die Firma nicht arbeiten; sie hat vielmehr

sämtliche Arbeiter, sowie diese mit den Akkorden fertig waren, entlassen. Außer den Korbmachern hat die Firma auch den andern Branchen gekündigt. Im Kampf stehen 46 Korbmacher und 12 Tischler, dazu die Lackierer und Tapezierer. Wir ersuchen die Kollegen auf Anfertigung der Arbeiten zu achten. Die Firma will sich nicht um Leute bemühen, sondern ihre Arbeiten anderweit, namentlich in Koburg, anfertigen lassen.

In Ebnatoblen befinden sich die Tischler, Maschinenarbeiter, Bildhauer und Tapezierer, insgesamt 100 Kollegen, der Hofmöbelfabrik Chr. Niederhöfer Söhne in einer Lohnbewegung. Gefordert wird der Abschluß eines Tarifvertrages, um den Akkordverhältnissen eine feste Grundlage zu schaffen. Die Stundenlöhne der Schreiner betragen bisher für junge Arbeiter 19 bis 30 Pf., ältere 34 bis 48 Pf. Nur fünf Kollegen hatten 50 Pf. und vier Kollegen 53 Pf. Bei den Maschinenarbeitern ist der niedrigste Lohn 34 Pf. und der höchste 46 Pf.

In Wehborf, zur Zahlstelle Eppendorf in Sachsen gehörig, befinden sich die Parkettleger in der Vereinsparkettfabrik in der Lohnbewegung. Nach der bisherigen Haltung der Geschäftsleitung steht eine friedliche Erledigung zu erhoffen. Während die Löhne fast geschlossen organisiert sind, hapert es unter den Maschinen- und Maschinisten im Wehborfer Werk noch erheblich, so daß diese zurzeit sich an der Lohnbewegung auch nicht beteiligen konnten.

In Kaiserslautern trat am 7. Juli für unsere Kollegen in den Sägewerksbetrieben eine Verbesserung ein, indem die Ungleichheit in den Arbeitsbedingungen durch eine Vereinbarung zwischen der Zimmermeister-Zunft und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beseitigt wurde. Unsere Kollegen hatten seither immer noch eine zwölfstündige Arbeitszeit, während für die Zimmerer schon seit Jahren die zehnstündige galt. Die Sägewerksarbeiter forderten nun auch für sich diese Arbeitszeit. Davon waren allerdings die Unternehmer nicht sehr erbaut. Die Verhandlungen hätten auch viel rascher zum Abschluß gebracht werden können, wenn Herr Römer, als Stellvertreter des Innungsverbändes, so gehandelt hätte wie Herr Sommerrod nach seiner Rückkehr selbst. Es wurde auch versucht, durch eine kleine Lohnerhöhung die Leute zu befriedigen, was aber an der Festigkeit unserer Kollegen scheiterte. Erreicht wurde sofort eine Arbeitszeitverkürzung von 3 ½ Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde als Ausgleich. Am 1. April 1914 wird die Arbeitszeit weiter um 3 Stunden auf die bestehenden Löhne gewährt. Weiter sind Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit vereinbart, sowie Arbeits-schluß um 4 Uhr an den Tagen vor den hohen Festen. Anfangs weigerten sich unsere Kollegen zu dieser Vereinbarung ihre Zustimmung zu geben, kamen aber schließlich zu dem Beschluß, dieses Angebot zu akzeptieren und zu versuchen, auf dieser Grundlage weiter zu bauen. Das wird ihnen auch gelingen, wenn die Einigkeit so weiter bestehen bleibt und sie ihrer Organisation treu bleiben.

In Rendsburg stehen die in den Baugeschäften beschäftigten Tischler seit dem 12. Juli im Streit. Nachdem wir bei der Frühjahrsbewegung für die bei Schutzverbandsmitgliedern arbeitenden Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden und 6 Pf. Lohnerhöhung durchgesetzt hatten, war es das Bestreben der Kollegen in den Baugeschäften, für sich die gleichen Vorteile zu erreichen und ebenfalls ein Vertragsverhältnis mit den Arbeitgebern einzugehen, zumal hier die Arbeitszeit noch 57 Stunden beträgt. Alle Bemühungen, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen, scheiterten an dem Bestehen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der wohl die niedrigeren Löhne des Schutzverbandes für sich in Anspruch nehmen, aber die im Verträge vorgesehene kürzere Arbeitszeit nicht zugestehen wollte und schließlich auch den Abschluß eines Vertrages mit uns überhaupt ablehnte, wozu er sich vormals schon bereit erklärt hatte.

In Schleisingen dauert der Streit in der Möbelfabrik Adlung fort. Die Firma forderte mehrere der Ausständigen auf, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, hatte damit aber kein Glück.

In Stettin ist es jetzt gelungen, für die Kollegen in den Nachbarorten Podesch, Friedensburg, Eydowsau, Uldamm und Hohenkrug geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Zwischen den in Frage kommenden Arbeitgebern und der Zahlstelle Stettin ist folgendes vereinbart worden: Die tägliche Arbeitszeit beträgt sofort 9 ½ Stunden, ab 1. März 1914 9 Stunden. Die bisher bezahlten Löhne erhöhen sich jetzt und am 1. März 1914 um je 3 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn beträgt jetzt 49 Pf., ab 1. März 1914 51 Pf. pro Stunde. Vom 1. März 1914 ab gelten sämtliche Bedingungen des Stettiner Arbeitsvertrages. Neben einer Reihe weiterer Verbesserungen erfolgt nach dem Stettiner Vertrage am 1. März 1915 und am 1. Juli 1916 abermals eine Lohnerhöhung von je 1 Pf. pro Stunde. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. Juli 1916 53 Stunden. Bisher herrschte in diesen Orten durchweg eine mindestens zehnstündige Arbeitszeit, während der Lohn freier Vereinbarung unterlag. Der weitere Vorort Finkenwalde hat schon seit Jahren Stettiner Arbeitsbedingungen. Aufgabe der anständigen wie der reisenden Kollegen ist es nun, darauf zu achten, daß die neuen Bedingungen überall innegehalten werden.

Aus der Holzindustrie.

Arbeiten nach Feterabend.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die sich der Deutsche Holzarbeiter-Verband gestellt hat, gehört die Verkürzung der Arbeitszeit. Unserm Wirken ist es zu einem guten Teil zu danken, daß der so paradox klingende Satz: „Je kürzer die Arbeitszeit, desto höher der Lohn“ unter den deutschen Holzarbeitern in steigendem Maße Verständnis findet. Daß dieser Satz buchstäblich wahr ist, wird durch jede Statistik, die sich auf Lohn und Arbeitszeit erstreckt, bewiesen. Deshalb nimmt auch unser Verband auf die da und dort noch vorhandenen Kleinmütigen Geister, denen eine Lohnerhöhung mitunter wertvoller erscheint als eine Arbeitszeitverkürzung, keine Rücksicht. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das vor-

nehmste Ziel, das unser Verband verfolgt. Trotz des Widerstandes, den die Unternehmer aus angeblich prinzipiellen Gründen dieser Forderung entgegenstellen, schreiten wir auf diesem Wege fort, und es läßt sich nicht bestreiten, daß wir in dieser Frage schon sehr beachtenswerte Erfolge errungen haben. Allerdings sind wir durch die seitherigen Erfolge noch bei weitem nicht zufriedengestellt; wir werden auch künftighin darauf hinarbeiten, daß die tägliche Arbeitszeit noch weiter verkürzt wird.

Obwohl schon vielfach durch praktische Versuche der strikte Beweis dafür erbracht ist, daß eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht notwendig mit einer Verminderung der Produktion verbunden sein muß, sondern daß im Gegenteil bei kürzerer Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters steigt, wehren sich die Unternehmer gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit; öfters erklären sie, lieber den Stundenlohn um einige Pfennige erhöhen zu wollen, als in der Frage der Arbeitszeit auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Es ist nicht ganz leicht, die Gründe für den Fanatismus zu entdecken, mit welchem die Unternehmer die lange Arbeitszeit verteidigen; vielfach dürfte auch wohl der Umstand, daß die Unternehmerorganisation die Aufrechterhaltung eines möglichst langen Arbeitstages zum „Prinzip“ erhoben hat, der einzige Grund sein.

Was die Arbeiterschaft bewegt, so starken Nachdruck auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu legen, ist oft erörtert worden. Der Arbeiter soll nicht nur Arbeitstier, er soll auch Mensch und Bürger sein. Er soll hinreichend Zeit haben zur Erholung, zur Fortbildung. Er soll die Möglichkeit besitzen, ein vernünftiges Familienleben zu führen und sich der Erziehung seiner Kinder widmen. Er hat aber auch Anspruch auf höheren Lebensgenuss. Wir wollen, daß die Kunstinstitute nicht nur für die Besitzenden da sind, sondern auch den Arbeitern zur Verfügung stehen usw. Voraussetzung für alle diese Dinge ist aber eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dazu kommt, daß die langen Arbeitszeiten, die vielfach noch üblich sind, die Gesundheit des Arbeiters direkt untergraben. Es ist doch kein Wunder, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiter viel kürzer ist als die der besitzenden Klassen.

Wenn wir nach einer Verkürzung der Arbeitszeit streben und bemüht sind, die Ertragschaften auf diesem Gebiete vertraglich festzulegen, dann gehen wir davon aus, daß die tarifliche Arbeitszeit nicht nur auf dem Papier stehen bleibt. Die vertragliche Arbeitszeit soll möglichst nie überschritten werden. In vielen unserer Verträge sind Klauseln geschaffen, die den Unternehmer hindern, nach Belieben Ueberstunden anzusetzen. Sind solche in Ausnahmefällen unumgänglich notwendig, dann müssen zu dem gewöhnlichen Lohn Zuschläge gezahlt werden. Der Zweck dieser Ueberstundenzuschläge ist aber nicht etwa der, das Lohn Einkommen des Arbeiters, der Ueberstunden macht, zu erhöhen, sondern durch die Zuschläge soll der Gewinn des Unternehmers aus Ueberzeitarbeit herabgemindert werden. Ueberstunden müssen für den Unternehmer unrentabel sein, das ist das beste Mittel, sie einzuschränken und sie ganz zu beseitigen.

Indem die Organisation planmäßig für die Verkürzung der Arbeitszeit wirkt, ist sie auch bemüht, ihre Mitglieder zu erziehen, daß sie die gewonnene Zeit wirklich nutzbringend verwenden. Es läßt sich nicht behaupten, daß diese Erziehung erfolglos gewesen wäre. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß die früher stark verbreitete Unsitte des Zuhausearbeitens für eigene Rechnung immer mehr verschwindet, und zwar in dem Maße, wie unsere Organisation Fortschritte macht. Mit dieser Unsitte geht es wie mit mancher andern, z. B. dem Blaumachen. Vorurteilsfreie Unternehmer werden gern zugeben, daß organisierte Arbeiter im allgemeinen die Arbeitszeit viel pünktlicher einhalten als Unorganisierte, und daß das Blaumachen, das früher eine große Rolle spielte, mit der Ausbreitung der Organisation fast völlig verschwunden ist.

In letzter Zeit haben einige Meister in der „Fachszeitung“ Klage geführt über die Schädigung des Gewerbes durch die Gesellen, die nach Feierabend zu Hause „murfen“. Ob das Uebel in Dörfen und in Kassel, woher die Klagerufe kommen, wirklich so verbreitet ist, wie behauptet wird, wollen wir dahingestellt sein lassen, aber wir stimmen den Herren völlig darin bei, daß diese Unsitte, soweit sie noch genügt wird, auf das schärfste bekämpft werden muß. Wie bei jedem Uebel, das man bekämpfen will, so muß auch hier die Wurzel bloßgelegt werden. Zum Vergnügen arbeitet wohl niemand nach der Tagesarbeit noch bis in die späte Nacht zu Hause. Das treibende Moment ist in der Regel die Not. Der kinderreiche Familienvater sucht wohl auf diesem Wege sein Einkommen zu erhöhen, weil er bei der Tagesarbeit in der Werkstatt nicht genug verdient, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Früher war die „Murferei“ noch viel mehr in Schwung als heute. Seitdem durch das Wirken des Verbandes die Löhne gestiegen sind, ist das Bedürfnis, auf diesem Wege das Einkommen zu heigern, zurückgegangen. Es sind auch meist nur noch ältere Kollegen, die der fraglichen Unsitte frönen. Für die Meister ist hier ein Fingerzeig gegeben: Zahlt anständige Löhne, damit läßt sich die unliebsam empfundene Konkurrenz am wirksamsten bekämpfen.

Dadurch, daß unser Verband auf angemessene Löhne hinarbeitet, trägt er allein schon wesentlich zur Beseitigung der besagten „Murferei“ bei. Er läßt es aber dabei nicht bewenden, sondern erhebt auch positiv gegen die Unsitte. Unter Kampf gegen die lange Arbeitszeit richtet sich nicht nur gegen das lange Arbeiten in der Werkstatt, im Dienste

des Unternehmers; die Argumente, deren wir uns im Kampfe um die Arbeitszeitverkürzung bedienen, beweisen schon, daß wir dem Zuhausearbeiten nach Feierabend entschieden entgegengetreten müssen. Alle Erfolge, die wir durch die Verkürzung der Arbeitszeit erreichen wollen, wären in Frage gestellt, wenn die gewonnene Zeit dazu verwendet würde, auf eigene Rechnung zu Hause zu arbeiten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich manche Unternehmer die Konkurrenz, die sie beklagen, selbst heranziehen. Kommt es doch vor, daß gewisse Meister aus Ersparnisrücksichten, statt Gesellen einzustellen, Tischlerarbeiten in die Heimarbeit übergeben. Dadurch werden Scheinerexistenzen geschaffen; Leute, die zeitweilig für Rechnung des Meisters zu Hause arbeiten, auch wohl gelegentlich noch Helfer einstellen und sich dann Meister schimpfen, die aber zu andern Zeiten sich auch Arbeit in der Werkstatt suchen. Diese Elemente sind es wohl hauptsächlich, die ihre Hovelbank zu Hause nicht unbenutzt stehen sehen können und noch abends nach Feierabend murfen müssen. Ein Umstand, der Arbeiter leicht veranlaßt, gelegentlich Arbeiten für eigene Rechnung zu übernehmen, ist der Besitz eigenen Werkzeugs. Mancher Kollege ist aber gezwungen, sich solches anzuschaffen, weil das Werkzeug, das der Meister stellt, oft unvollständig und mangelhaft ist. Die richtige Ausstattung der Werkstatt mit Werkzeug ist also gleichfalls ein Mittel, das „Murfen nach Feierabend“ einzudämmen.

Herr Jercke in Dörfen hat in der „Fachszeitung“ einige Vorschläge gemacht. Hiernach soll das Arbeiten der Gesellen nach Feierabend auf eigene Rechnung durch eine Vertragsbestimmung verboten werden. Wir lehnen diesen Gedanken nicht grundsätzlich ab, aber wir glauben nicht, daß damit ein besonderer Erfolg zu erreichen ist. Durch solche Bestimmungen in den Verträgen fühlen sich nur die Verbandsmitglieder gebunden, aber die Murfer sind gewöhnlich keine Verbandsmitglieder, sondern sie gehören zu den bei vielen Unternehmern so beliebten Elementen, die von keiner Organisation etwas wissen wollen. Seinen zweiten Vorschlag, Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot mit der Zahlung von 50 Pf. pro Stunde an den Meister zu sühnen, hat sich Herr Jercke nicht richtig überlegt. Wir können es uns vorstellen, daß ein ingeniöser Kræuter auf die Idee verfällt, sich diese Verdienstsquelle nutzbar zu machen, indem er dafür sorgt, daß seinen Gesellen Angebote für Nachfeierabendarbeit gemacht werden.

Auf diesem Wege läßt sich das Uebel, das übrigens kaum in dem Maße noch existiert, wie es hingestellt wird, nicht beseitigen. Wir hätten aber durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn Arbeiter, die noch abends für eigene Rechnung arbeiten, zur Gewerbesteuer herangezogen würden und dem Meister, der sich gegen die Entwendung von Material, das für die Privatarbeit der Gesellen Verwendung finden soll, energisch schützt, kann man keinen Vorwurf machen. Das beste Mittel bleibt aber immer noch die Aufklärung, und daran läßt es unser Verband nicht fehlen. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband bekämpft die Nachfeierabendmurferei zu Erwerbszwecken mit aller Entschiedenheit, und die Mitglieder, welche das Wesen und den Zweck der Organisation begriffen haben, übernehmen solche Aufträge nicht. Allerdings bekämpfen wir das fragliche Unwesen aus andern Gesichtspunkten als die Unternehmer. Für uns kommt in erster Linie das Wohl der Arbeiter in Betracht, und dieses verlangt, daß mit dem Arbeitschluß im Betrieb die berufliche Erwerbsarbeit für den Tag ihr Ende erreicht. Daß unser Kampf gegen die lange Arbeitszeit in dieser Hinsicht auch den Unternehmern zum Vorteil gereicht, kann uns nicht hindern, ihn mit aller Energie weiter zu führen.

Eine Abstimmung über den freien Sonnabendnachmittag veranfaßt der Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes. Mit dieser Veranstaltung verfolgt er in erster Linie den Zweck, den Versammlungen der Mitglieder in den einzelnen Orten einen interessanten Diskussionsstoff zu bieten. Die Frage des freien Sonnabendnachmittags bewegt die Gemüter der schweizerischen Arbeiter zurzeit besonders lebhaft, wie aus den vielen Einsendungen in der Gewerkschaftspresse, die sich mit dem Gegenstand betreffen, hervorgeht. Der Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes will nun diese Diskussion auf eine breitere Grundlage stellen und veranlassen, daß sich alle Mitglieder mit dem Problem beschäftigen. Er legt deshalb den Mitgliedern folgende drei Fragen vor: 1. Sollen wir den freien Samstagnachmittag fordern? 2. Sollen Lohnbewegungen, die die Forderung des freien Samstagnachmittags enthalten, vom Verbandsvorstand genehmigt werden? 3. Sollen wir das eventuelle Angebot des freien Samstagnachmittags bei Unterhandlungen akzeptieren, wenn keine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit dadurch entsteht?

Wie aus der Fragestellung hervorgeht, handelt es sich nicht um die unmittelbare Vorbereitung einer Aktion. Es wird auch keine Abstimmung vorgenommen, sondern die Abstimmung erfolgt in den Sektionen, so daß sich nur die in den Versammlungen anwesenden Mitglieder daran beteiligen können. Das Resultat der Abstimmung wird wohl dem Verbandsvorstand in dieser Frage gewisse Richtlinien geben, in der Hauptsache ist es ihm aber darum zu tun, das Interesse der Mitglieder für den Versammlungsbesuch zu beleben. Er kündigt daher auch an, daß er künftig weitere Fragen in dieser Weise zur Diskussion stellen wird. Es handelt sich also um einen beachtenswerten Versuch, erzieherisch auf die Mitglieder zu wirken, und es wäre interessant, den Erfolg dieses Vorgehens kennen zu lernen.

Der australische Holzarbeiter-Verband zählt jetzt, wie die Internationale Gewerkschaftskorrespondenz“ mitteilt, über 10 000 Mitglieder, davon rund 3150 in Victoria, 3000 in West-Australien, 2000 in Neu-Süd-Wales, 900 in Tasmanien, 700 in Queensland und 670 in Süd-Australien.

Gewerkschaftliches.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Die seitherige Entwicklung im österreichischen Gewerkschaftsleben ließ erwarten, daß nimmere der Aufstieg der genannten „internationalen Gewerkschaften“ ein dauernd und lebhafter sein werde. Die separatistischen (tschech-slawischen) Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren auf deren Mitgliederbestand an sich gezogen, was durch internationalistische Agitation irgend zu erreichen war. Einessehrliche Gefahr von dieser Seite war also kaum noch zu erwarten. Das Jahr 1912 hat der nationalen Sache denn nur ein einziges größeres Opfer gebracht, indem der Organisation der Eisenbahner durch die Separatisten etwa 50 Mitglieder entzogen wurden. Nun ist nur noch eine große Zentralorganisation vorhanden, für die eine Gefahr separatistischer Abspaltung besteht; der Verband der Tabakarbeiter. Wenn auch hier das Fortbewegungswert geltend gemacht so wäre damit das Werk der tschechischen Organisationszerstörer vollendet, denen die internationalen österreichischen Gewerkschaften ihren Abbruch von ehemals (1900) 501 000 Mitgliedern auf 400 000 im Jahre 1910 zu verdanken haben. Jetzt ist es an den Abspalterern, zu beweisen, daß sie nicht nur „Tschechen“, sondern auch „Gewerkschaftler“ sind, denn ihr Chauvinismus kann wohl vorübergehend, aber doch nicht dauernd die Arbeiter von der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen abhalten.

Schon das letzte Jahr ließ erkennen, daß die österreichischen Gewerkschaften jene innere Gefahr mehr und mehr abwenden und damit auch organisatorisch zu gesunden Grundlagen. Das erste Halbjahr 1912 mit seiner noch günstigen Wirtschaftslage brachte allein 30 000 neue Mitglieder. Dann setzte als „äußere Gefahr“ die Balkankrise mit ihrer Folge von Beschränkung der Arbeitsdauer, Stilllegung ganzer Betriebe und dementsprechend großer Arbeitslosigkeit ein. Der Rückgang der Konjunktur trat begreiflicherweise in diesem Nachbarlande der Kriegführenden stärker in Erscheinung als in den weiter abliegenden, die ja bekanntlich auch nicht unberührt geblieben sind.

Bei dieser Sachlage erscheint es immerhin noch erfreulich, daß es den österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1912 gelungen ist, ihren Mitgliederbestand von 421 905 auf 428 363 zu erhöhen, also um 6458. Der Reichskommission der Gewerkschaften gehören 54 Zentralverbände und selbständige Lokalvereine an. Von diesen 77 Organisationen haben 25 einen Gewinn und 12 einen Verlust von je über 100 Mitgliedern aufzuweisen, während die übrigen stabil geblieben. In der Verlustliste erscheint auch der Holzarbeiter-Verband mit 358 Mitgliedern, während die Metallarbeiter eine Zunahme um 4856 und die Maurer um 2109 Mitglieder verbuchen konnten. Der gesamte Mitgliederbestand der Gewerkschaften setzt sich jetzt aus 377 947 männlichen und 50 416 weiblichen Personen zusammen. Der ledige Nationalitätenstreit hat übrigens keineswegs etwa die Mitglieder sämtlich ausgesondert. Die Scheidung nach der Muttersprache ergibt vielmehr auch jetzt noch, daß neben 322 000 deutschen, 70 000 tschechische, 20 000 polnische, 9000 italienische, 6000 slowenische und 1000 ruthenische Arbeiter den Zentralverbänden angehören.

Die innere Gesundung der Gewerkschaften kommt ihrem Finanzwesen noch deutlicher zum Ausdruck als in der Mitgliederentwicklung. Stiegen doch die Jahreseinnahmen der angeschlossenen Verbände von 9 200 000 Kronen im Jahre 1911 auf 9 970 000 Kronen im Jahre 1912. Unter den Ausgaben ist die Krankenunterstützung nur um 26 000 Kronen gegenüber dem Vorjahre auf jetzt 1 574 000 Kronen gestiegen, während Reise-, Arbeitslohn- und Notfallunterstützung 2 150 000 Kronen oder 74 000 Kronen mehr als im Vorjahre erforderlich.

Die Kosten der Lohnkämpfe und die dafür aufgebrauchten Beiträge sind in der eigentlichen Gewerkschaftsrechnung nicht enthalten. Gewisse Schichten der Gesetzgebung zwingen die österreichischen Gewerkschaften zur Führung von Lohnkämpfen „freie Organisationen“ zu unterhalten. Diese Verrichtungen für Streikzwecke insgesamt 2 143 000 Kronen den nur 1 022 000 Kronen an Ausgaben gegenüberstehen. Das Vermögen des Streikfonds liegt auf 5 770 000 Kronen. Da die Verbände selbst zusammen 9 295 000 Kronen Vermögen besitzen, stehen also für gewerkschaftliche Zwecke rund 15 Millionen Kronen zur Verfügung.

Von diesem Gesamtvermögen entfällt der größte Anteil mit rund 4 Millionen Kronen oder 251 Kronen pro Mitglied auf die Buchdrucker, 1 787 000 Kronen oder 29 Kronen pro Mitglied auf die Metallarbeiter, und 1 026 000 Kronen oder 36 Kronen pro Kopf auf die Holzarbeiter. Diese Beträge bezüglich des auf das einzelne Mitglied entfallenden Vermögensbestandes unter den Gewerkschaften an 13. Stelle, bezüglich der Jahreseinnahmen dagegen mit 27,37 Kronen pro Jahr und Kopf an 15. Stelle. Die höchsten Einnahmen erzielen mit 99,64 Kronen die Buchdrucker, denen mit 71,84 Kronen die Krankenlöhnenangestellten und mit 56,94 Kronen die Lithographen folgen. In bezug auf die Mitgliederzahl rangieren die Holzarbeiter mit 28 269 hinter den Metallarbeitern, die 60 977 Mitglieder zählten, den Eisenbahner mit 54 732, den Textilarbeitern mit 41 533 und den Maurer mit 30 580 Mitgliedern. Von den durch unsern Verband erfaßten Branchen sind der österreichischen Reichskommission noch als selbständige Verbände angeschlossen die Drechsler (ausschließlich der Holzdrechsler) mit 3272 und die Schmirarbeiter mit 455 Mitgliedern.

Infolge der Sprachenverschiedenheit in Oesterreich müssen viele Gewerkschaften ihre Organe in mehreren Sprachen herausgeben oder ihren Mitgliedern besondere Gewerkschaftszeitungen in deren Muttersprache liefern. Es kommt es, daß von den 117 verschiedenen Fachblättern 53 in deutscher, 34 in tschechischer, 12 in polnischer, 9 in italienischer, 6 in slowenischer und 2 in ruthenischer Sprache erscheinen, während ein weiteres, mit allerdings nur 600 Exemplaren, sich als jüdisch bezeichnet. Gegenüber dem Vorjahre ist die Auflage der deutschen Zeitungen um 21 000 Exemplare pro Ausgabe zugenommen, die der tschechischen um 5000 und der italienischen um 2000 abgenommen, woraus sich auf die sprachlichen Verschiebungen innerhalb der Mitgliedschaft selbst schließen läßt.

Das laufende Jahr hat leider die wirtschaftliche Lage erheblich verschärft, infolgedessen haben die österreichischen Gewerkschaften schon ganz erhebliche Aufwendungen zur

Kämpfung der schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit machen müssen. Die Wirtschaftslage läßt auch jetzt noch keine baldige Besserung erhoffen.

Verbandstage in den graphischen Berufen. Zu gleicher Zeit, aber an verschiedenen Orten, tagten diesmal die Verbände der Buchdrucker und der Buchbinder. Der Verbandstag der Buchdrucker trat am 16. Juni in Danzig zusammen. Einen erheblichen Teil seiner Tagungszeit nahm die Besprechung der durch die zunehmende Verwendung von Schreibmaschinen und die ständigen Verbesserungen an den Druckmaschinen hervorgerufenen Verhältnisse ein.

Der Buchbinderverband, der in Stuttgart tagte, mußte sich u. a. auch mit einer Neuregelung der Beitragsfrage befassen, weil die an sich erfreuliche Zunahme der weiblichen Mitglieder eine stärkere Belastung der Verbandskasse mit sich bringt.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt vom 13. bis 21. Juni seinen Verbandstag in Breslau ab. Bei der Besprechung des Vorstandsberichts spielte auch die Frage der freien Sonnabendnachmittags- und der ungeteilten Arbeitszeit eine Rolle, wobei sich Redner sowohl für als gegen deren Einführung fanden.

Zur Frage der Beitragsstaffelung hatte die Statutenkommission beantragt, alle diesbezüglichen Anträge abzulehnen, doch fand sie dafür keine Mehrheit. Die Generalversammlung beschloß vielmehr, eine Kommission zum Studium dieser Frage einzusetzen.

Technisches.

Die Leipziger Vaufach-Ausstellung erfährt im Juliheft des Fachblatt für Holzarbeiter eine eingehende Würdigung. Tritt auch auf dieser Schau das Holz als Vaustoff ziemlich in den Hintergrund, so gewinnt sie doch dadurch für uns eine gewisse geschichtliche Bedeutung.

Von den zahlreichen Wohnungseinrichtungen, die in der Vaufach-Ausstellung und der benachbarten „Handwerker-Ausstellung in der Gartenvorstadt Marienbaum“ zu sehen sind, werden einige im Hilde wiedergegeben.

Dann aber schneidet das Juliheft die trotz aller Einfachheit interessante Frage der Befestigung der Einlegeböden (in Schränken) an, wobei sich ergibt, daß festgeschraubte Trageleisten und Zahnleisten keineswegs mehr das Gebraut unbestritten beherrschen.

Das „Fachblatt der Holzarbeiter“ ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Das Malergewerbe. Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Arbeiter des Malergewerbes. Dargestellt vom Vorstand des Verbandes der Maler usw. Deutschlands aus Anlaß der Internationalen Vaufach-Ausstellung in Leipzig 1913.

Die Broschüre, die, wie ihr Titel besagt, anläßlich der Internationalen Vaufach-Ausstellung herausgegeben ist, legt besonderen Wert auf die Darstellung der den Arbeitern des Malergewerbes drohenden Gefahren.

gefahren durch mangelhafte Gerüste sind es besonders Bleivergiftungen und durch minderwertige Terpentinlackstoffe hervorgerufene bösartige Hautausschläge, denen diese Arbeiter ausgesetzt sind.

Aus dem Leben und der Werkstatt eines Werdbenden. Von Alfons Pego. Anzeigruber-Verlag, Bräuber-Euschnig, Wien X/1. Preis 80 Pf.

Thomas' Volksbücher, Herausgeber Professor Dr. Bastian Schmidt. Diese im Verlage von Theob. Thomas in Leipzig erscheinende Sammlung wertvoller und dabei äußerst billiger Bücher, die in leicht verständlicher Sprache Belehrung über die verschiedensten Gebiete der Naturwissenschaften und der Technik verbreiten, hat wieder eine Bereicherung erfahren.

Weinbau und Weinbereitung von Dr. E. Holz. 129 Seiten mit 43 Abbildungen. Preis 80 Pf., gebunden 85 Pf.

Die Nerven schwäche, ihre Ursachen, Verhütung und Heilung von Dr. Georg Luda. 56 Seiten mit 3 Abbildungen. Preis 40 Pf., gebunden 65 Pf.

Die wichtigsten Faserpflanzen von Dr. R. Schiele. 108 Seiten mit 17 Abbildungen. Preis 60 Pf., gebunden 85 Pf.

Eingefandt.

Zentralkommission der Drechler. Nach erfolgter Ergänzungswahl und Konstituierung der Kommission wurde der Unterzeichnete als Vorsitzender derselben gewählt, und ersuchen wir hierdurch, alle Zuschriften nunmehr an diese Adresse gelangen zu lassen.

Dr. Carl Gleitsmann, Leipzig-Schleußig, Könnigsstr. 91 II.

Briefkasten.

* Eine Korrespondenz aus Hamburg (Summtdrechler) mußte Raummangelshalber für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1913.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüfung haben erhalten. Rows include Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, and Hauptklasse. Includes monthly data for 1913 and 1912.

Aus nachstehend angeführten Zahlen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Ebersbach-Elsberg, Ronneburg-Rieneburg, Wyl-Stadthagen-Saan-Trier-Donauwörth, Kirchseon, Wundelheim, Tölz-Ludwigsburg.

Table showing comparison of unemployment figures for 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, and 1913. Columns include month and number of unemployed workers.

Anzeigen.

Anton Gasser, Tischlermeister aus Donau... Erwin Kojubeck, Tischler, geb. 20. 12. 1877... Karl Nagel, Modellschreiber, Buch-Nr. 803287... Karl Warzecher, Tischler, der im Sommer 1911 in Naddusch bei Netzschan arbeitete... Fr. Schütze, Bau- und Möbeltischlerei mit Kraftbetrieb, Bechenberg, Altmark... Karl Sage, Bau- und Möbeltischlerei, Golmbach i. Braunschweig... Albert Krause, Tischlerei mit Motorbetrieb, Bärwalde, Pomm. Lohnsätze nach Stolper Tarif... 5 tücht. Möbeltischler auf eichene Herren- und Speisezimmer nach Zeichnung sucht... Zwei junge Tischlergesellen auf Sofa-gestelle werden sofort gesucht... Ernst Schneider, Beuthen, Ob.-Schles., Schießhausstr. 1... Einige tüchtige Stuhlschreiner für nur bessere Arbeit finden dauernde gut bezahlte Beschäftigung bei Geiger & Müller, Stuhlfabrik, Steinheim a. Murr, Würtbg... Tüchtige Hutformenschler sofort gesucht. Heinrich Kreie, Dresden-N., Grünstraße 26... Zuverlässiger, erfahrener Maschinewärter für 16 PS. Sauggasmotor und elektrische Lichtanlage auf sofort in dauernde Stellung gesucht... Grobe Goldbleistiftfabrik im Ausland stellt Farbigenmacher und Barockergolder, auch als Vorarbeiter, bei guten Kenntnissen ein... Jungen, tüchtigen Grundteller, der auch im Verzieren Erfahrung hat, stellt sofort ein S. Dlopps Metall-Goldbleistiftfabrik, Pöschin, Meckl... 1 tüchtiger Korbmacher auf Mattarbeit erhält sofort Stellung. Paul Winkler, Korbfabrik, Herischdorf i. Riesengeb... Jüngerer Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. Hellmuth Hoff, Wolgast, Pommern... Einen Korbmacher auf Grün (matt) sucht Gierk, Anklam... Tüchtiger Korbmacher auf Reise- und Waschkörbe sofort gesucht. Max Pasbrig, Striegan, Schlesien... Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit finden dauernde Beschäftigung. C. Fide, Korbfabrik, Oldenburg i. Gr... Gesucht 2 Korbmacher auf Grüngeschlagen Max Fündelstein, Korbwaren-Fabrik, Köpchenbroda Sa... Tüchtigen Korbmacher auf Reiskörbe stelle ein bei gutem Lohn. Otto Weinert, Khlau (Vogel)...

Warnung!

Unter dem Namen Georg Galtiers, Schreiner, geb. 7. 5. 1863 zu Göttingen, verleiht in Göttingen ein Schreiner große Vermögenswerte und Güter. Er gibt sich als Göttinger aus und behauptet, es ist möglich, daß er die Papiere des Göttinger Galtiers gefälscht hat. Wir warnen alle Kollegen, die etwas von ihm hören, sich nicht an ihm zu wenden. Göttinger Holzgewerkschaft für ihn abzugeben und an uns zu melden. Der Verbandsrat. Berlin SO. 10, Am Köpenicker Park 2

Jakob Baas, Schreiner, geb. 21. 11. 1864 zu Formes, wird gesucht. Wer über ihn Nachrichten geben kann, wird von seinem Bruder bei 1000 Mk. belohnt. Herr Baas, Formes, Belgien, Straße 4, 8. 14.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin, SO. 16 Am Köpen. Park 2 Buchhandlung für die Mitglieder des Verbandes. Soeben ist erschienen: Gesundheits- und Lebensgefahren der Baufischer. Klagen und Beschwerden der Fischer, Einseher, Treppendauer, Parkettleger usw. Mit zahlreichen Abbildungen. Zur Internationalen Bauausstellung in Leipzig 1913 herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Einzelpreis für die Mitglieder des D. H. A. 30 Pf. Bei Bezug von 10 und mehr Exemplaren 25 Pf. Der Buchhandelspreis beträgt 75 Pf. Bestellungen nehmen die Buchhandlungsstellen sowie der Verlag entgegen. Einzelbestellungen ist der Betrag beizufügen.

Bei Bedarf in Sobelbänken, Hobeln, Werkzeugen verlangen Sie gratis unsere neueste illustrierte Preisliste. Als sehr billig empfehlen wir: Sobelbänke für Tischler Länge: 170 190 200 230 cm. Preis: 39,- 40,- 42,- 45,- Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kasse. Gebr. Haase, G. m. b. H., Lignitz, Werkzeugfabrik.

Feine Rückensägen extra feine Zahnung, Blatt auswechselbar. Preis inklusive eines Metallfügenblattes, 25 x 6 cm, pro Stück 2 Mk. Einfache Säge mit angepreßtem Rücken, 25 x 6 cm, pro Stück 1 Mk. Bei Sammlaufträgen von 10 Stück 10 Proz. Rabatt, franco gegen Nachnahme. Verlangen Sie gratis und franco meine Preisliste über viele praktische Neuheiten. Gebr. Busch, Bielefeld und Werkzeuge, Hagen in Westfalen.

Leichte Arbeit hat, wer sich zunutze macht, was andere erfahrene Fachgenossen in ihrer Praxis herausgefunden und erprobt haben. Alles das ist niedergeschrieben und durch ausgezeichnete Abbildungen erläutert in dem berühmten Werk „Der praktische Tischler“ von Herrn Walde. Es enthält 800 Seiten Text mit 1065 Abbildungen, 100 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei lehrreiche Modelle, und kostet 22 Mark, zahlbar mit monatlich 3 Mark. Erleuchten Sie sich Ihre schwere Arbeit, sorgen Sie für Ihre fachliche Weiterbildung! Sie werden es nicht bereuen. Alle Bucher liefert gegen Teilzahlung C. S. F. Neisner, Leipzig, Salomonstr. 10 b.

Neuheit: D. R. G. M. Puhobel mit stets kleiner Maulöffnung in überaus handlicher Form. Erfordern keine Reparaturen! Sind dauernd zu den feinsten Arbeiten zu gebrauchen. Jeder Hobel ein Musterhobel - fertig z. Gebrauch. Preis Mk. 4,30 franco Nachn. - Preislisten kostenlos. Alle Werkzeuge für Tischler, Zimmerer, Glaser, Stellmacher. M. Hieffinger, renommierte Werkzeugfabrik, Nürnberg.

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 Mk. an. Prospekt gratis. Gebr. Wettinger, Freiburg i. B.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Herausgegeben vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Table with columns: Ort, Bau Tischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Lübeck, Zusammen, Vor. Woche.

Korbmachergeselle auf Reise- und Waschkörbe findet bei guter Arbeit dauernde Stellung. Reiskörbe per Zoll 12-14 Pf. Zugerechtes Material. Wilh. Schäfer, Wittenberg, Bez. Halle.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin, SO. 16 Am Köpen. Park 2 Buchhandlung für die Mitglieder des Verbandes.

Soeben ist erschienen: Gesundheits- und Lebensgefahren der Baufischer. Klagen und Beschwerden der Fischer, Einseher, Treppendauer, Parkettleger usw. Mit zahlreichen Abbildungen. Zur Internationalen Bauausstellung in Leipzig 1913 herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Einzelpreis für die Mitglieder des D. H. A. 30 Pf. Bei Bezug von 10 und mehr Exemplaren 25 Pf. Der Buchhandelspreis beträgt 75 Pf. Bestellungen nehmen die Buchhandlungsstellen sowie der Verlag entgegen. Einzelbestellungen ist der Betrag beizufügen.

Bei Bedarf in Sobelbänken, Hobeln, Werkzeugen verlangen Sie gratis unsere neueste illustrierte Preisliste. Als sehr billig empfehlen wir: Sobelbänke für Tischler Länge: 170 190 200 230 cm. Preis: 39,- 40,- 42,- 45,- Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kasse. Gebr. Haase, G. m. b. H., Lignitz, Werkzeugfabrik.

Feine Rückensägen extra feine Zahnung, Blatt auswechselbar. Preis inklusive eines Metallfügenblattes, 25 x 6 cm, pro Stück 2 Mk. Einfache Säge mit angepreßtem Rücken, 25 x 6 cm, pro Stück 1 Mk. Bei Sammlaufträgen von 10 Stück 10 Proz. Rabatt, franco gegen Nachnahme. Verlangen Sie gratis und franco meine Preisliste über viele praktische Neuheiten. Gebr. Busch, Bielefeld und Werkzeuge, Hagen in Westfalen.

Leichte Arbeit hat, wer sich zunutze macht, was andere erfahrene Fachgenossen in ihrer Praxis herausgefunden und erprobt haben. Alles das ist niedergeschrieben und durch ausgezeichnete Abbildungen erläutert in dem berühmten Werk „Der praktische Tischler“ von Herrn Walde. Es enthält 800 Seiten Text mit 1065 Abbildungen, 100 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei lehrreiche Modelle, und kostet 22 Mark, zahlbar mit monatlich 3 Mark. Erleuchten Sie sich Ihre schwere Arbeit, sorgen Sie für Ihre fachliche Weiterbildung! Sie werden es nicht bereuen. Alle Bucher liefert gegen Teilzahlung C. S. F. Neisner, Leipzig, Salomonstr. 10 b.

Neuheit: D. R. G. M. Puhobel mit stets kleiner Maulöffnung in überaus handlicher Form. Erfordern keine Reparaturen! Sind dauernd zu den feinsten Arbeiten zu gebrauchen. Jeder Hobel ein Musterhobel - fertig z. Gebrauch. Preis Mk. 4,30 franco Nachn. - Preislisten kostenlos. Alle Werkzeuge für Tischler, Zimmerer, Glaser, Stellmacher. M. Hieffinger, renommierte Werkzeugfabrik, Nürnberg.

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 Mk. an. Prospekt gratis. Gebr. Wettinger, Freiburg i. B.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Herausgegeben vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Table with columns: Ort, Bau Tischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Lübeck, Zusammen, Vor. Woche.

Paul Horn Politur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind Peha-Matt, melne nach vielen wasserrechten, eigenen Verfahren hergestellten und gereinigten Schellackpolituren und melne Holzbelzen, die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbelzen, Albo-Musabelzen, Salmiakbelzen, Spiritusbelzen, Ambranbelzen usw.). - Melne neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt! Man erspart Material, Zeit und Arbeit! Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Flasche Peha-Matt, 1 Neutral-Schellackpolitur-Extrakt, 1 Patentpolitur zum Reinpulieren, 1 allerfeinsten Politur-Glanzack (blond), 1 Kristall-Lack (blond), 1 Schellack- und Polieröl (gelblich), 1 Dose Porenpulver Mon-Ak (nußbaum), 1 Marmor-Mona (mahagoni), 1 Blauschwarz-Polierpulver (hellblau), 1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen), 1 Stück Kork-Schleifklotz (120 x 75 x 30 mm). Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskörbchen zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Emballage.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stampel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Aushang Nr. 1. DIREKTOR KOLSCHER.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Größte und anerkannt beste Privat- und schule der Branche. Im 8. Schuljahr erzielten 69 Schüler Stellung. umsonst.

Kunstgewerbliche Tischlerfachschule Blankenburg, H. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Patent u. G. M. kann jeder Erf. selbst anmelden. Verl. sofort Anleitung ges. von Ingenieur K. Berbig, Hannover, Misburgerdamm 77 l.

NEU! Lehrbuch zur Anfertigung photographischer Apparate gegen 55 Pf. in Briefmark. E. PILZ, Leipzig 1 Weststr. 58.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Herausgegeben vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband. Wochenbericht vom Sonnabend, 5. Juli, bis Freitag, 11. Juli 1913. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.